

LaG - Magazin

75 Jahre

Ende des

Zweiten Weltkriegs

23.09.2020

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Vielfältiges Gedenken: Der Volkstrauertag als Lernort.....	4
75 Jahre nach Kriegsende: Befreiung oder Niederlage?.....	10
Die Erfindung der Gedenkstättenpolitik und das geschichtspolitisch umkämpfte Ende der Singularität der NS-Aufarbeitung nach 1990.....	16
Postsowjetische Kriegsmuseen: Das „Belarussische Staatliche Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ in Minsk und das „Nationalmuseum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg“ in Kyïv.....	22
#75befreiung. Digitales Gedenken und Vermitteln 2020 (Teil 2).....	27

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Zeitenwende ´45 – Aufbruch in ein neues Europa. Unterrichtsideen und Materialien.....	31
---	----

Empfehlung Fachbuch

Acht Tage im Mai.....	33
-----------------------	----

Empfehlung Jugendbuch

Gestern war noch Krieg.....	35
-----------------------------	----

Empfehlung Podcast

Das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945.....	37
---	----

Empfehlung Web

Virtueller Rundgang „Die Befreiung“	39
---	----

Bundesarchiv – 75 Jahre: Kriegsende in Europa.....	41
--	----

Empfehlung Zeitschrift

APuZ – 1945.....	43
------------------	----

Empfehlung App

berlinHistory – Berlin 1945.....	46
----------------------------------	----

Liebe Leser*innen,
wir begrüßen Sie zur ersten LaG-Ausgabe nach der Sommerpause. Sie befasst sich mit dem 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Im Mittelpunkt steht weniger das historische Datum des 8. Mai 1945, als die gegenwärtige Rezeption und Aspekte der Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft sowie die Vermittlungsarbeit.

Michele Barricelli zeigt auf, ob und wie Kriegsfriedhöfe sowie der "Volkstrauertag" als ideeller Erinnerungsort in einer sich als divers verstehenden Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts, Bedeutung" als Lernorte haben können.

Ingolf Seidel setzt sich mit der Frage auseinander, ob das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa aus deutscher Perspektive ein Tag der Befreiung war und welche Instrumentalisierungen dabei eine Rolle spielen.

Carola S. Rudnick geht auf die geschichtspolitisch aufgeladene und teilweise von totalismustheoretischen Geschichtsbildern durchzogene Entwicklung der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland nach 1989 ein.

Juliane Niklas analysiert die Weltkriegsmuseen in Belarus und der Ukraine und thematisiert die sowjetischen Museumstraditionen, in denen sie zu verorten sind.

Iris Groschek hat bereits in der letzten Magazinausgabe verschiedene digitale Formen von Erinnern und Gedenken zum 75. Jahrestag des Kriegsendes vorgestellt. In diesem zweiten Teil geht die Autorin auf weitere Angebote, auch über den Gedenkstättenbereich hinaus, ein.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Autor*innen für Ihre Beiträge.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint am 28. Oktober. Es wird die Arbeit des Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität/European Network Remembrance and Solidarity vorstellen.

Ihre LaG-Redaktion

Vielfältiges Gedenken: Der Volkstrauertag als Lernort

Von Michele Barricelli

Feiertage, zumal wenn sie gesetzlich geschützt sind, müssen für ihre Existenz gute Gründe besitzen. Denn sie haben für überregionale, sogar nationale Gemeinschaften einen verbindlichen Zug. Insofern ist die Einführung neuer Feiertage – anders als bei von einzelnen Interessengruppen propagierten so genannten Aktions- oder Welttagen – an besondere Voraussetzungen geknüpft. Vor allem muss ihr Anlass sehr vielen Menschen einsichtig sein. Lange Zeit wollte man in Deutschland z.B. die Erinnerung an Demokratie nicht als Grund zum Feiern gelten lassen: Eine feste Verankerung des Gedenkens an die bürgerlich-liberale Revolution von 1848/49 – bevorzugt am 18. März, dem Tag der Kämpfe und Unruhen in Berlin mit mehreren hundert Toten – ist bis heute, trotz vieler Anläufe, nicht gelungen; der Nationalfeiertag der Weimarer Republik am 11. August („Verfassungstag“) fand nie ungeteilte Zustimmung oder nur Beachtung (auch weil er in die Schulferien fiel); der „Tag des Grundgesetzes“ am 23. Mai verstreicht in der Bundesrepublik, obschon sie diesem Dokument ihre Existenz, Struktur und Wohlfahrt verdankt, jedes Jahr quasi unbemerkt.

Der Volkstrauertag dagegen, während der 1920er Jahre in mehreren Etappen und stets unter besonderem Einfluss des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge eingeführt (Ulrich/Fuhrmeister 2019), konnte

sich durchsetzen und wird bis heute begangen, anfangs in der Zeit vor Ostern, seit 1952 zwei Wochen vor dem Ersten Adventssonntag. Bereits diese von Beginn an enge Koppelung an die Passions- oder religiöse Totengedenkzeit weist ihn als Produkt der typisch deutschen Verbindung von Kirche und Staat, zumindest in den norddeutsch-protestantischen Landesteilen, aus. Zwingend war und ist dieser dezidiert christliche Bezug nicht: In einem konsequent laizistisch organisierten Staat wie Frankreich etwa gibt es einen Gedenktag für die Gefallenen der Kriege, der rein republikanischen Charakter trägt. Da er auf das feste Datum des 11. November (den Tag des Waffenstillstands nach dem Ersten Weltkrieg), also hauptsächlich auf Wochentage, fällt, müssen nationale Gesetze Fragen von Arbeitstätigkeit, Geschäftsöffnungszeiten, Schulunterricht regeln. Auch weil solches in Deutschland mit dem regulären Sonntagstermin weitgehend entfällt, ist der Volkstrauertag bis heute formal und praktisch in keinem Bundesland ein gesetzlicher Feiertag, sondern wird sein Status in Länderbestimmungen unterschiedlich reguliert.

Trauer freilich ist zuvorderst gar keine gesellschaftliche oder staatliche Kategorie, im eigentlichen Sinn auch kein theologischer Begriff, sondern subjektiv empfundener Affekt, damit dem Bereich des Persönlichen zugehörig.

Vom Charakter der Trauer

„Die Fähigkeit zu trauern ist Teil der Menschenwürde“, war schon in Gedenkreden

zum Kriegsende zu hören (Drexel 2015: 126). Als Phänomen der Psyche wird Trauer allerdings in allen Kulturen bzw. Glaubensgemeinschaften (selbstverständlich bereits vor Entstehen des Christentums) nicht nur individuell, sondern auch intersubjektiv bewältigt, also gestaltet, gewürdigt, eingeeht, oft mit Sinn aufgeladen, manchmal überhöht. Durch „kollektive Trauer“ wird der körperlich empfundene Schmerz der und des Einzelnen über den Tod von Menschen (manchmal auch den Schaden an Dingen, Wesen, Ideen) in gleichgesinnte Übungen eingebettet und mittels Formeln oder Ritualen verarbeitet, was eine gemeinschaftliche Erfahrung des Verlusts von Leben und Werten voraussetzt. Jene war nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland (und anderswo) offenbar erstmals in relevantem Umfang gegeben, aufgrund der schieren Zahl der Gefallenen, der Wucht des kriegesischen Geschehens und genauso, weil der Tod der Soldaten infolge der Niederlage als „sinnlos“ oder „fruchtlos“ gedeutet wurde (nicht jedoch weil Krieg allgemein oder dieser im Speziellen als ungerechtfertigt galt). Auf ähnlichen Überlegungen beruhte das zugleich vom Volksbund durchgesetzte, ursprünglich bis zur Gräberpflege nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg zurückreichende Konzept vom „ewigen Ruherecht“ gefallener Soldaten (heute: aller Kriegstoten), dessen Etablierung staunen macht: Nach Jahrtausenden des elenden Tods gerade der einfachen Krieger und Soldaten, auf den regelmäßig Leichenfledderei und bis weit in das 19. Jahrhundert hinein das

Verscharren in ungeweihter Erde folgte (häufiger noch war das Verfaulen der Körper auf dem Schlachtfeld), sollte fortan das Gebot immerwährender Ehrerbietung durch, wo möglich, das namentlich gekennzeichnete Einzelgrab gelten. Das nahm die staatliche Autorität in die Pflicht. Denn ein ewiges Angedenken kann nur garantieren, wer sich selbst als unvergänglich ausgibt. Der im Hinblick auf die dauerhafte Erhaltung von würdigen Kriegsgräberstätten naheliegende Verweis auf das Vorbild des ewigen Ruherechts Verstorbener im Judentum spielte dabei allerdings keine Rolle.

Nun stimmt: Alles, was bisher gesagt wurde, spricht zumindest auf den ersten Blick dagegen, dass ein Kriegsfriedhof als topographisch-materieller, der Volkstrauertag als ideeller Erinnerungsort in einer multikulturellen und diversen Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts Bedeutung als *Lernort* erhalten könnte. Der zumindest traditionell nationale Bezug widerspricht dem Bild eines europäisch integrierten Deutschlands in einer globalisierten Welt; die enge Verbindung zum Christentum hält keine Antworten auf die Fragen einer heute plural-konfessionellen, interreligiösen oder aber säkularisierten Gesellschaft bereit, und gewiss sind Friedhöfe der letzte Ort, wohin es junge Menschen zieht, zumal monumentale Kriegsgräberstätten mit ihrer strengen Gestaltung, den lastenden Mahnmälern und schweren Sinnsprüchen. Wie immer sollte man näher hinschauen.

**„Versöhnung über den Gräbern“ –
mehr als eine Formel**

Die Toten, die auf den 832 Kriegsgräberstätten, welche der Volksbund betreut, liegen, werden nicht nur betrauert, sie mahnen. Ihre Gräber erzählen von zu früh abgebrochenem und beendetem Leben, von Gewalt und Unrecht im Krieg – ausgeübt gegen die dort Bestatteten selbst, ihre Angehörigen, ihre Gegner. Krieg, davon sind wir heute überzeugt, ist etwas, das gegen die Natur, gegen den Menschen und die Humanität ist. Genau deswegen sind die Geschichten, die mit diesen Orten verknüpft sind, hörens-wert, lehrreich und voller Bedeutung. Es bleibt zwar richtig, dass die gleichförmigen Gräberreihen eine Homogenität der Erfahrung vortäuschen und zudem den ungu-ten Eindruck erwecken, Menschenwürde sei an diesen Orten nicht individuell gedacht. Aber erstens begegnet man hier außer Kombatan-ten (die in sich bereits eine diverse Grup-pe darstellen und allesamt zuvor einmal Kinder waren und ein Leben außerhalb des Krieges besaßen) eben auch Zivilist*innen, zumal Opfern von Kriegsverbrechen, von Zwangsarbeit, Shoah, Kolonialismus oder Rassismus. Zweitens, im Gegensatz zu den Äußerlichkeiten des Volkstrauertages, sind Kriege selbstredend internationale und interkulturelle Geschehen. Schon dass Deutschland – das Land mit den meisten Außengrenzen Europas – in allen vier Him-melsrichtungen Kriegsgräberstätten auf an-deren Staatsgebieten als dem eigenen pflegt, ist ein Meisterstück diplomatischer Kunst, ein zivilisatorischer Effekt und Zeichen von Versöhnung. Überhaupt hat der zunehmen-de Abstand zum eigentlichen Geschehen –

75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ver-blassen die Bilder und Kenntnisse – dazu geführt, dass der Volkstrauertag nunmehr als ein Gedenktag für alle Opfer von Krieg und Gewalt begangen wird. Bedrückend lang ist daher die Liste der Gruppen, die das regelmäßig vom Bundespräsidenten anläs-slich der Feierstunde im Bundestag gespro-chene Totengedenken enthält. Immer aber spürt man dabei, dass die Aufarbeitung der NS-Verbrechen das Maß der Erinnerung bildet. An diesem Auftrag hat sich die ler-nende deutsche Demokratie – gerade weil Deutschland laut dem dritten Bundespräsi-identen Gustav Heinemann ein „schwieriges Vaterland“ darstellt – mit ihrer im Laufe der Jahrzehnte zunehmend kritischen Erinne-rung und restituierenden Erzählung ausge-richtet (Barricelli/Liebrandt 2020).

Wahrscheinlich machen wir uns alle im be-friedeten Europa eine viel zu schwache Vor-stellung davon, welchen Klang eine Formel wie „Versöhnung über den Gräbern“ für so viele Menschen, die in diesem Land leben, ihre Steuern zahlen, zu einem kulturell viel-fältigen Miteinander beitragen und die trotz-dem nicht deutsche Staatsbürger*innen sein können oder wollen, besitzt. Viele von ihnen haben heute noch eine unmittelbare, viel nä-here, drängendere Beziehung zu Krieg, Ge-walt und Tod als jene, die „schon immer“ in Deutschland gelebt haben. Ukrainer*innen, Libanes*innen, Syrer*innen, Bosnier*innen beispielsweise können sehr viel erzählen von Kampf und Bomben und Vergewalti-gung und Demütigung und Folter und dem einsamen Sterben. Was wäre das für ein

Volkstrauertag, wenn man nicht ganz explizit *auch* dieser Opfer gedenken würde, denn es geht doch immer um Völker und Trauer, oder? Das ist die wichtige Vielfalt des Gedenkens, welche dieser Tag ermöglicht.

Jede und jeder Kriegstote übergibt überall in der Welt an die Lebenden die Aufgabe, das Wesen des Krieges und die Möglichkeit des Friedens zu ergründen. Kritische Reflexion aus der zeitlichen Distanz ist für dieses Ziel genauso vonnöten wie der Versuch von Empathie. Einem Flüchtling aus Syrien oder Afghanistan, dem Ur-Enkel von ostpreußischen Vertriebenen, der Tochter von ehemaligen „Gastarbeiter*innen“ mag das leichter fallen als jemandem, der sich dort meint, wo der friedliche Alltag zum scheinbar ewigen Grundrecht von jedermann gehört. Aber im historischen Lernen wird die Herausforderung bald auch jenen klar, die sich außerhalb der Kräfte der Geschichte wähnen. Es ist dies ja der Ausgangspunkt historisch-politischer Bildung überhaupt: einen Sinn dafür zu vermitteln, dass wir alle zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung aufgerufen sind, auch wenn uns ein Dasein fernab von Kampf und entfesseltem Streit so viel angenehmer scheint.

Vielfalt der Erinnerungen als Prämisse für einen Lernort

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der sich heute so sehr als Akteur des Friedens versteht, mag das immer besser erkennen und darauf mit seinen Mitteln der Zugänglichmachung von Vergangenheit reagieren. Zugleich darf er nicht darin

nachlassen, Geschichte für die Gegenwart zu aktualisieren, und zwar bereits deswegen, weil die eigene Vergangenheit ihm immer wieder zur Last geworden ist und noch wird. Es ist völlig unbestreitbar, dass noch bis in die 1980er Jahre hinein Veranstaltungen zum Volkstrauertag durch die Teilnahme von revisionistischen oder chauvinistischen Traditionsvereinen entwürdigt wurden, und ja, es gab damals noch Ansprachen von bereits enttarnten Kriegsverbrechern, welche das Podium nutzten, um ihre und der Deutschen Taten zu relativieren. Dies geschah häufig mit der Konnivenz von lokalen Behörden und Stadtgesellschaft. Die betroffenen Landes- und Bezirksverbände schauen heute auf diese noch junge, bedrückende Vorgeschichte ihrer selbst zurück und nehmen sie zum Anlass, die moralischen und zivilgesellschaftlichen Ansprüche an das von ihnen verantwortete Gedenken von Krieg und Massengewalt noch genauer zu definieren.

Genauso steht vor Augen, dass sehr viele der vom Volksbund betreuten Kriegsgräberstätten die Ruhestätten eindeutiger Massenmörder und Menschenschinder in hohen Wehrmachts- und SS-Rängen beherbergen.¹ Durch Tafeln und in weiterem Informationsmaterial auf diesen ethisch herausfordernden Umstand hinzuweisen, ist das Mindeste, was der Volksbund an Ort und Stelle sowie seinen Kommunikationsplattformen tun kann und seit einiger Zeit auch tut. Wichtig ist natürlich, darüber hinaus die

¹ Ein besonders gut untersuchter Fall ist Costermano am Gardasee: Ulrich u.a., Volksbund, S. 352-360.

Diskussion zu fördern und keiner Debatte auszuweichen. Dem Argwohn, durch generelles Gedenken deutsche Menschheitsverbrechen zu verklären, kann nur aktiv durch Bekenntnis und Handeln entgegengetreten werden.

Am Ende lautet die alles überwölbende didaktische Frage nämlich nicht „Was ist geschehen?“, sondern: „Wie gehen wir mit dem durchaus Vielen, das wir wissen, heute um, wie prägt es unser Bewusstsein, wie soll es unser Handeln anleiten?“ Bei der Beantwortung dieser existenziellen Fragen eines reflektierten Geschichtsbewusstseins stehen wie immer die Anforderungen von Glaubwürdigkeit und Vertrauen im Vordergrund: Vertrauen soll in die gute Absicht, das gemeinsame Ziel, die gerechtfertigten Mittel entgeggebracht werden. Glaubwürdig zu bekunden ist, dass „Volkstrauer“ nicht ausschließen oder allein gültige Regeln vorgeben will. Noch einmal: Nur ein Mahnmal, das Gedenken in der Vielfalt der Erfahrungen zulässt, kann ein Lernort sein.

Die jungen Generationen werden unter den damit ergebnisoffenen, aber wertgebundenen Umständen ihre eigenen Formen der Auseinandersetzung finden, eigene Inhalte mit Relevanz versehen und Wege zur Geltendmachung ihrer inklusiven Erinnerung suchen. Die vitale Erinnerung an Krieg und Gewalt kann von den Projekten, bei denen junge Menschen Biographien recherchieren, Ausstellungen einrichten, Zeitungen ein Interview geben (etwa als Expert*innen dafür, wem ein Ehrenzeichen, eine Gedenktafel, ein Straßename zu widmen sei), mithin ihr

gegenwärtiges Leben in ein eigensinniges Verhältnis zur Vergangenheit setzen, nur profitieren. Doch dürfen die Nachkommen im Zuge einer modernen europäischen Bildungsarbeit im Umfeld des Volkstrauertages bei alledem nicht zum simplen Gefäß einer gedanklichen Aufbewahrung dessen, was die Alten vor ihnen an Unfassbarem angerichtet haben, degradiert werden.² Gegenwart muss im Angesicht der Vergangenheit gestaltet werden, steht aber nicht in ihrer Pflicht. Der Volkstrauertag soll damit noch mehr dem Lernen mit Blick auf die Offenheit und Veränderbarkeit der Welt dienen; Feiertage für Freiheit und Demokratie sollen hinzutreten. Das gemeinsame Gedenken kann dann vor allem bedeuten: *die Zukunft des Friedens zu begreifen.*

Literatur

Michele Barricelli/Hannes Liebrandt: Vom change of heart zu den Grundlagen verantwortlichen Handelns in der lernenden Demokratie. Die Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit in Deutschland aus geschichtsdidaktischer Sicht. In: Liebrandt, Hannes/Barricelli, Michele (Hrsg.): Aufarbeitung und Demokratie. Perspektiven und Felder der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Deutschland. Frankfurt/Main 2020, S. 9-33.

² Gute Gedanken dazu bei Wernstedt 2010. Der Autor war 1998-2003 Präsident des Niedersächsischen Landtages und lange Jahre Vorsitzender des VDK-Landesverbandes Niedersachsen.

Richard Drexler: Rede auf der Gedenkfeier der Soldatenbundes zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 9. Mai 2015 auf dem Münchener Waldfriedhof. In: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hrsg.): 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges. Ausgewählte Gedenkreden zum 8. Mai 1945. Kassel 2015, S. 119-127, hier S. 126. Die Nähe zum Buchtitel von Alexander und Margarete Mitscherlich über „Die Unfähigkeit zu trauern“ ist sicher gesucht.

Bernd Ulrich/Christian Fuhrmeister/Manfred Hettling/Wolfgang Kruse: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Entwicklungslinien und Probleme. Berlin 2019, insbes. S. 72-97.

Rolf Wernstedt: Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Kassel 2010.

Über den Autor

Prof. Dr. Michele Barricelli ist Lehrstuhlinhaber für Didaktik der Geschichte und Public History an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

75 Jahre nach Kriegsende: Befreiung oder Niederlage?

Von Ingolf Seidel

Befreiung, Zusammenbruch, Untergang, Niederlage, Stunde Null; Die Bezeichnungen für das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa variieren und sind geschichtspolitisch umkämpft. Im Grunde scheint es einfach. Wer 1945 befreit wurde, gehört nicht zu den Nationalsozialist*innen. Befreit wurden die letzten noch Lebenden aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern, die nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter*innen, Nazigegner*innen, Menschen, die der Verfolgung im Exil entgingen, die von Deutschen besetzten Länder. Punkt. Leider stellt sich die Situation komplizierter dar. Das beginnt schon mit dem Datum. Der alleinige Blick auf den 8. Mai 1945 ist eurozentrisch. In Asien endete der Zweite Weltkrieg erst mit der japanischen Kapitulation am 2. September 1945. In Europa endete der Zweite Weltkrieg für die Beteiligten nicht überall am 7. Mai in Reims, bzw. am 8./9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst erst mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht. In Paris kapitulierte der deutsche Stadtkommandant von Choltitz am 25. August 1944. Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz wurde am 27. Januar 1945 befreit. Das Kriegsende „begann in Europa spätestens im Frühjahr 1943, als die Unausweichlichkeit des alliierten Sieges allen nüchternen Beobachtern klar wurde. Je nach Gebiet gab es unterschiedliche »Kriegsenden« und

Befreiungsdaten“, konstatiert Jan-Holger Kirsch. Weitaus komplexer wird die Frage nach Befreiung bei einem Blick nach Mittel- und Ost- oder auch Südost-Europa, also auf jene Länder, die mit der militärischen Befreiung von deutscher Besatzung in den Einflussbereich der Sowjetunion fielen. Der Blick bleibt hier flüchtig. Ich möchte mich auf das deutsche Verhältnis zu jenem 8. Mai beschränken, der in diesem Jahr nicht nur von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als „Tag der Befreiung“ bezeichnet wurde, und für das aus einer anderen Perspektive die bis heute politisch aktive Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano die Einrichtung eines bundesweiten Feiertags fordert.

Deutsche Mentalitäten im Nachkrieg

Fühlte sich die deutsche Bevölkerung 1945 befreit? Gehen wir zur Beantwortung dieser Frage zurück in die letzten Kriegsmonate und das Jahr 1945. Saul K. Padover war in dieser Zeit als Nachrichtenoffizier einer Abteilung für Psychologische Kriegsführung der US-Army direkt hinter der Front eingesetzt. Er führte Gespräche mit Deutschen, um deren Einstellungen zum Nationalsozialismus und den Alliierten gegenüber zu erkunden. Seine Eindrücke sind in dem Buch „Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45“ (Padover 2001) festgehalten. Das 1946 in amerikanischem Englisch erschienene Buch wurde erst 50 Jahre später ins Deutsche übersetzt. Auffallend sind in der Beschreibung die immer wieder auftauchende Gleichgültigkeit gegenüber den NS-Massenverbrechen bei gleichzeitiger Angst

vor alliierter, vor allem sowjetischer, Vergeltung sowie die Selbstbezüglichkeit und das Selbstmitleid der Befragten. Padover beschreibt die Einquartierung in einem Gasthof in der Nähe von Leipzig, wo es „reichlich Bier und jede Menge Eier“ (Padover 2001: 315) gab. Die Wirtin, „wohlgenährt und keineswegs ärmlich gekleidet“ (ebd.: 316) klagte den GIs ihr Leid. Es lohnt sich, diese Passage ausführlich zu zitieren: „»Die letzten fünf Jahre sind wirklich schwer gewesen für uns«, jammerte sie. »Bestimmt fünf Jahre meines Lebens habe ich verloren. Vor dem Krieg sind wir oft verreist, mein Mann und ich, wir haben Urlaub gemacht, wir haben gut gegessen und Wein getrunken. Sehen Sie nur, was der Krieg aus uns gemacht hat! Fünf Jahre haben wir uns nicht mehr amüsiert, stellen Sie sich vor, fünf Jahre ohne richtiges Vergnügen! Keine Reisen, kein anständiger Urlaub, keine Apfelsinen. Stellen Sie sich vor – kein Bohnenkaffee in diesen ganzen Jahren. Ach, was wir alles durchgemacht haben!«“ (ebd.). Was verband diese Frau wohl mit der militärischen Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands? Die Hoffnung auf Wein, Urlaub, Apfelsinen und Bohnenkaffee? Die Gastwirtin konnte noch nicht wissen, dass sie bald in der SBZ, später der DDR leben würde. Dort würde später Antifaschismus, allerdings in einer von oben verordneten und auf der berüchtigten ökonomistischen Dimitroff-Formel beruhenden Lesart, ein Integrationsangebot darstellen, das die Auseinandersetzung mit NS-Verstrickung und Mittäterschaft auch von Arbeiter*innen weitgehend obsolet

scheinen ließ.

Ein anderer Eindruck. Hannah Arendt besuchte Deutschland, beziehungsweise die BRD, im Jahr 1950. Ihr fiel, wie auch zuvor Padover, auf, dass „über den Alptraum von Zerstörung und Schrecken“ (Arendt 1999: 44) in Deutschland kaum gesprochen wird. Das bezog Arendt sowohl auf die zerstörten deutschen Städte, als auch auf den Umgang mit den Opfern und den durch die Deutschen Verfolgten. Stattdessen würden in Gesprächen „die Leiden der Deutschen gegen die Leiden anderer“ aufgerechnet, um damit deutlich zu machen, dass „die Leidensbilanz ausgeglichen sei und daß man nun zu einem ergiebigeren Thema überwechseln könne“ (ebd.: 44). Meinungen würden von den Nachkriegsdeutschen als Tatsachen betrachtet. Das Recht auf eine eigene Meinung entspräche einem „Gentleman’s Agreement, dem zufolge jeder das Recht auf Unwissenheit“ (ebd.: 47) besäße. In der Tat ist das Primat der Meinung „eine Hinterlassenschaft des Naziregimes“ (ebd.). Den Nachkriegsdeutschen war die Geschäftigkeit des Wiederaufbaus, der darauf abzielte, ein möglichst „getreues Abbild der ökonomischen und industriellen Vorkriegsverhältnisse zu schaffen“ (ebd.: 50f), „zu ihrer Hauptwaffe bei der Abwehr der Wirklichkeit“ (ebd.: 51) geworden. Am Werk war hier eine „Vernunft im Dienste der Unvernunft“ (Adorno 2003: 576), deren instrumenteller Charakter unübersehbar ist und die zur Abwehr von Schuld und Scham dient. Es spricht also wenig dafür, dass eine Mehrheit oder auch nur ein großer Teil der

Nachkriegsdeutschen sich durch die alliierten Truppen befreit fühlte.

„Licht im Tal der Dunkelheit“

18. August 2020: Israelische Kampffjets überfliegen als Teil der Militärübung Blue Wings gemeinsam mit Eurofightern der Bundeswehr die KZ-Gedenkstätte Dachau zum Gedenken an die Opfer nationalsozialistischer Herrschaft sowie den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck in Erinnerung an das Olympia-Attentat 1972 auf israelische Sportler durch palästinensische Terroristen. Teil der militärischen Gedenkinszenierung war eine Zeremonie am Boden. Sie fand in der KZ-Gedenkstätte in Anwesenheit von Annegret Kramp-Karrenbauer, des Botschafters des Staates Israel in Deutschland, Jeremy Issacharoff, sowie zahlreicher Militärs beider Staaten statt. Für die Bundeswehr ist das Ganze ein „historischer Termin“. Der Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz wird mit den Worten zitiert: „Nach dem Menschheitsverbrechen der Shoa ist es ein bewegendes Zeichen unserer heutigen Freundschaft, dass wir erstmals in unserer Geschichte Seite an Seite mit der Israelischen Luftwaffe fliegen“ (zit n. Zipfer 2020).

Die nahezu einzige Stimme, die sich öffentlich kritisch äußert, gehört Meron Mendel, Direktor der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank. Der promovierte Erziehungswissenschaftler zieht die Angemessenheit der ganzen Veranstaltung in Zweifel und schreibt in seiner taz-Kolumne von „Kitsch“ und „Geschichtsrevisionismus“, der darin liege, wenn durch die Überflugroute

„palästinensischer Terror (...) mit dem Holocaust gleichgesetzt“ (Mendel 2020) würde.

Der Eindruck wird verstärkt durch einen Blick auf die Onlinepräsenz der Bundeswehr. Die Artikelüberschrift auf der Webseite ist pathetisch: „Licht im Tal der Dunkelheit“. Wer fungiert als Lichtbringer für wen? Weiter ist zu lesen, Dachau sei „ein Ort, an dem mindestens 200.000 jüdische Menschen gequält und erniedrigt wurden. Mehr als 41.500 von ihnen wurden von den Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges ermordet. Viele weitere wurden von dort in andere Vernichtungslager deportiert.“ (Bundeswehr). Historische Triftigkeit sieht anders aus. Auf der Webseite der KZ-Gedenkstätte sind unter der Rubrik „Historischer Ort und Gedenkstätte“ dieselben Zahlen zu lesen: „Mehr als 200.000 Gefangene aus über 40 Nationen waren im KZ Dachau und seinen Außenlagern inhaftiert, mindestens 41.500 Menschen starben dort an Hunger, Krankheiten, Folter, Mord und den Folgen der KZ-Haft.“ Der offensichtliche Unterschied liegt darin, dass es sich bei den Gefangenen und Gestorbenen nicht ausschließlich um Jüdinnen*Juden handelte. Das Konzentrationslager Dachau war ein Ort des nationalsozialistischen Terrors, eine Mord- und Folterstätte. Was es jedoch nicht war, ist ein Vernichtungslager, wie es die auf die Shoah reduzierten Formulierungen des Generalleutnants und auf der Webseite nahelegen. Die beiden Aussagen machen die nichtjüdischen Opfer unsichtbar, zu denen unter anderem politische Häftlinge,

Sinte*zze und Rom*nja, Zeugen Jehovas, Geistliche, Homosexuelle sowie über 4.000 sowjetische Kriegsgefangene, die auf dem nahe Dachau gelegenen SS-Schießplatz Hebertshausen ermordet wurden, gehören.

Was für Einstellungen sind hier am Werk? Geschichtsrevisionismus, wie Meron Mendel schreibt? Sicherlich, wenn auch nicht in der Form jenes eines Gauland oder Höcke, obwohl die Motivlagen sich ähneln. Auf dem rückwärtigen Einband von Y. Michal Bodemann und Jael Geis' Buch „Gedächtnistheater“¹ ist ein prägnanter Satz zu lesen: „So wie die Juden durch ihr Erinnern sich danach sehnten vom Exil erlöst zu werden, so sehnen sich die Deutschen nach ihrem Zion. Einem von Blut und Asche gereinigtem Land, einem Land ohne Schuld.“ (Bodemann 1996). Erinnerung dient neben der Vergegenwärtigung der Bilder der Vergangenheit zur Vergewisserung über die Zukunft. Prozesse des Erinnerns sind flüchtig, flüchtig und gesellschaftlich umkämpft, geht es doch um nichts weniger als darum, nationalstaatliche Legitimität historisch zu begründen. Rituale, wie hier das staatsoffizielle Gedenken, dienen gerade durch ihren an Jahrestagen orientierten zyklischen Charakter dazu, der Flüchtigkeit des Erinnerns entgegenzuwirken und der Zukunft zugewandte Erzählungen zu stabilisieren. Im deutschen Fall ist der Bezug auf eine mythische, positiv besetzte Vergangenheit durch

¹ Die Revitalisierung des von Bodemann stammenden Begriffs „Gedächtnistheater“ und eine erneute Rezeption seines Buches ist Max Czolleks Essay „Desintegriert Euch!“ (Czollek 2018) zu verdanken.

das, was wir gelernt haben als Holocaust zu bezeichnen, also die Vernichtung der europäischen Juden*Jüdinnen sowie durch den Völkermord an Sinte*zze und Rom*nja, nur um den Preis einer geschichtsrevisionistischen Perspektive möglich. Aus ihr heraus werden die Massenmorde verkleinert, geleugnet oder wird ihnen gar Legitimität zugesprochen, wie es in der extremen Rechten verbreitet ist. Um die nationale Legitimität Deutschlands wiederherzustellen, war nach der deutschen Vereinigung jedoch ein anderer Umgang mit dem „negativen Eigentum“ (Jean Améry) notwendig. Heute mit dem Ende der Zeitzeugenschaft und dem Übergang der Erinnerung an den Nationalsozialismus in die Geschichte erlangt das ritualisierte staatsoffizielle eine Gedenken einen normativen Bedeutungszuwachs.

Aus Platzgründen sollen hier nur zentrale Stationen des Erinnerungsbooms, der nach der deutschen Vereinigung in den 1990er-Jahren einsetzte, aufgeführt werden: Die Erarbeitung einer bundesweiten Gedenkstättenkonzeption, die Carola Rudnick in ihrem Beitrag zu dieser Ausgabe ausführlicher betrachtet, die zehnjährige Diskussion um ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die Auseinandersetzungen um die beiden Ausstellungen über Verbrechen der Wehrmacht sowie die Rede von Richard Weizsäcker vom 8. Mai 1985.

Aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes sprach der damalige Bundespräsident davon, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System

der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ (Weizsäcker 1985) heißt es dort. Es lohnt sich, kurz auf diese Rede einzugehen. Sie war Thema von manchen Kontroversen und gilt als Meilenstein. Kontrovers ist die Inanspruchnahme des chassidischen Zitats „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“ (Weizsäcker 1985) mit dem der ehemalige Bundespräsident staatspolitisch „eine erinnerungspolitische Selbstermächtigung“ (Jureit 2010: 39) der postnationalsozialistischen Gesellschaft bestätigt, mit der das jüdische Erinnerungsgebot in christlicher Lesart in die dominanzkulturelle Auseinandersetzung um die NS-Verbrechen integriert wird. In der Konsequenz stehen Opfer- und Täter*innennachfahren auf einer Stufe. Der zentrale Aspekt der Erinnerung an die Ermordeten, nämlich die Namen und Personen vor dem Vergessen zu bewahren, wird in ein opferidentifiziertes Gedenken mit christlicher Erlösungshoffnung transzendiert, dem der Ruch der Freisprechung und moralischen Entlastung anhaftet (Jureit 2010: 42).

Ein solches instrumentell-nationales, oder auch kollektiv-narzisstisches, Geschichtsbewusstsein findet sich auch in der Dachauer Militärveranstaltung. Dabei wurden zudem nicht-jüdische Opfergruppen zurückgesetzt gegen deren erinnerungskulturell marginalisierten Status sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, aber auch zahlreiche Gedenkstättenpädagog*innen und Geschichtsinitiativen in ihrer Vermittlungstätigkeit, wenden. Die sich aufgeklärt

gebende staatsoffizielle Erinnerung rechnet nicht wie die extreme Rechte Auschwitz gegen Dresden auf. Vielmehr ist es so, dass der Versuch einer mentalen Befreiung Deutschlands von seiner überlieferten Schuld im Jahr 2020 gemeinsam mit der israelischen Luftwaffe vollzogen wird, die „Licht im Tal der Dunkelheit“ leuchten lässt. Ein in mehrfacher Hinsicht verstörender Akt, dessen eigentlicher Skandal darin besteht, dass er offensichtlich kaum als solcher wahrgenommen wird. Schuld lässt sich nicht durch Erinnerung tilgen. Insofern geht die Frage, ob die militärische Zerschlagung des NS-Staates in der postnationalsozialistischen Gesellschaft als Niederlage oder Befreiung rezipiert wird, an der Problematik vorbei. Vielmehr haben die Abschlussätze von Theodor W. Adornos Vortrag „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ aus dem Jahr 1963 bis heute ihre Aktualität bewahrt: „Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen.“ (Adorno 1971: 28). Ein Zustand von dem wir gesellschaftlich heute nicht weniger weit entfernt sind, als vor 75 Jahren.

Literatur

Theodor W. Adorno: „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt am Main 1971.

Theodor W. Adorno: Meinung Wahn Gesellschaft, in ders.: Gesammelte Schriften. Kulturkritik und Gesellschaft II. Frankfurt am Main 2003.

Hannah Arendt: Besuch in Deutschland 1950. Die Nachwirkungen des Naziregimes. Hamburg 1999, in: Dies.: Zur Zeit. Politische Essays. Hamburg 1999.

Y. Michal Bodemann/Jael Geis: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Hamburg 1996.

Bundeswehr: Licht im Tal der Dunkelheit. Online: <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/licht-im-tal-der-dunkelheit-1475024> (eingesehen 07.09.2020).

Max Czollek: Desintegriert Euch! München 2018.

Ulrike Jureit: Operidentifikation und Erlösungshoffnung, in: Ulrike Jureit/Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart 2010.

Jan-Holger Kirsch: Befreiung und/oder Niederlage. Zur Konfliktgeschichte des deutschen Gedenkens an Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg. 2005. Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, Online: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1084> (eingesehen 07.09.2020).

KZ-Gedenkstätte Dachau: KZ Dachau 1933-1945. Online: <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/historischer-ort/kz-dachau-1933-1945/> (eingesehen 07.09.2020).

Meron Mendel: Stolz auf militärische Stärke. Taz 31.08.2020, online: <https://taz.de/Gedenken-und-Luftwaffe/!5706524/> (eingesehen: 07.09.2020).

Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45. München 2001.

Richard von Weizsäcker: Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1985 in Bonn. Online: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html (eingesehen: 07.09.2020).

Stefanie Zipfer: AKK und israelische Generäle kommen nach Dachau. Merkur 18.08.2020, online: <https://www.merkur.de/lokales/dachau/dachau-ort28553/akk-und-israelische-generaele-in-dachau-90023216.html> (eingesehen 07.09.2020).

Die Erfindung der Gedenkstättenpolitik und das geschichtspolitisch umkämpfte Ende der Singularität der NS-Aufarbeitung nach 1990

Von Carola S. Rudnick

Zunächst ahnte niemand, dass mit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 ein zweites Ende einer deutschen Diktatur bevorstand. Und auch als am 3. Oktober 1990 dieses Ende durch den Beitritt der DDR zur BRD staatsrechtlich besiegelt war, kam es der deutschen Bundespolitik und der Zeitgeschichtsforschung noch immer nicht in den Sinn, dass sich die anstehende Aufarbeitung der in Ostdeutschland verübten Verbrechen (1945 – 1989) in fundamentaler Art und Weise insgesamt auf die nationale Gedenkkultur nach 1945 auswirken würde. So ist es ein »Streich« der Geschichte, dass die ostdeutschen Initiativen etwas erreichten, was den westdeutschen Bürger-, Friedens- und Geschichtsinitiativen der späten siebziger und der achtziger Jahren sowie den international organisierten Holocaust-Opfern seit 1945 nicht gelang: die Erfindung einer Gedenkstättenpolitik. Als die Mauer fiel, bröckelten Erinnerungsparadigmen – wie war das möglich?

Verengungen durch totalitarismustheoretische Geschichtsbilder

Zwischen 1990 und 1992 beschränkte sich der Bund erinnerungskulturell zunächst nur auf das Nötigste: Denkmäler und

Symbole des Sozialismus wurden demonstriert, »DDR-Gedenktage« abgeschafft, unrühmliche Historiker entlassen und der 3. Oktober wurde als »Tag der deutschen Einheit« eingeführt. Ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umfassenden Aufarbeitung beider deutscher Diktatur-Vergangenheiten gab es nicht, aus Regierungskreisen erwachsen höchstens »Gründungsmythen« zur deutschen Einheit. Unterstützt wurden demzufolge nur solche Vorhaben, in denen totalitarismustheoretische Geschichtsbilder verfolgt wurden, etwa das Gründen des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT, Dresden) und das Errichten einer zentralen Gedenkstätte aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Neue Wache, Berlin), mit damals starken Tendenzen zur Nivellierung von Opfern und Täter*innen, bzw. der Verbrechen 1933 – 1945 und 1945 – 1989.

Ein verengter Blick auf die deutsche Einheit, die Betonung von Analogien und Kontinuitäten zwischen NS und SBZ/DDR-Diktatur sowie in Beton gegossene, generalisierende nationale Mahnmale »von oben« trafen ab 1992 zunehmend auf scharfe Kritik seitens der Nichtregierungsfraktionen, in der öffentlichen Berichterstattung und in Fachkreisen. Denn unterstützt von Bürgerinitiativen und Opferverbänden hatte es an den tatsächlichen Orten der Repression und der SBZ/DDR-Verbrechen ab Herbst 1989 einen regelrechten »Flächenbrand« der Aufarbeitung »von unten« gegeben. Ohne jegliche finanzielle Sicherheit, drohte dieses Feuer jedoch schon bald zu erlöschen. Nach dem

Ende einer zentralstaatlichen Gedenkpolitik waren zu diesem Zeitpunkt sogar die ehemaligen nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR (Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück) existenziell bedroht. Daneben forderte der Umgang mit neuen Erinnerungsorten, etwa an denen es vor 1945 Konzentrationslager bzw. nach 1945 »Speziallager« gegeben hatte (Buchenwald, Bautzen), Orte ehemaliger (Stasi-)Haftanstalten (Berlin-Hohenschönhausen), Orte der deutschen Teilung (Marienborn) und ehemalige DDR-Machtzentren (Orte der ehemaligen Staatssicherheit) Klärung.

Um in diesem Klima einer Abseitsfalle einerseits und Tendenzen zur Nivellierung des NS andererseits entgegenzuwirken, drängte sich eine Neujustierung der Erinnerungs- und Geschichtspolitik auf. Es war die SPD-Bundestagsfraktion, die daraufhin im September 1991 (Drucksache 12/1189) und im August 1992 (Drucksache 12/3179) früh dafür plädierte, der Bund möge sich finanziell beteiligen und somit von der jahrzehntelang in Westdeutschland geltenden, rein föderalen Grundversorgung von Gedenkstätten abweichen. Der Fraktion ging es dabei nicht nur um eine Bundesförderung der Gedenkstätten der fünf neuen Bundesländer, sondern prinzipiell auch um eine Grundausstattung der Gedenkstätten in den alten Bundesländern, die bis dahin in der Regel zivilgesellschaftlich, selten kommunal und maximal ländergefördert waren. Diese prekäre Situation wollte die SPD ändern, in Form einer umfassenden Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in Ost- und

Westdeutschland.

Geschichtspolitische Bemühungen um einen Paradigmenwechsel

Geschichtspolitisch verband sich mit dem SPD-Vorstoß zudem ein inhaltlicher Paradigmenwechsel. Die bis dahin praktizierte Gleichsetzung bzw. »Aufrechnung« beider deutscher Diktaturen wurde explizit angelehnt. Das Gebot: »Die NS-Verbrechen dürfen weder durch die Verbrechen des Stalinismus relativiert noch die Verbrechen des Stalinismus mit Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden«, schlug sich nicht nur wortwörtlich im SPD-Papier nieder. So empfahl es, dass vormalige autoritäre, doktrinäre Formen der jeweiligen Gedenkstättenarbeit bei den einzelnen Neukonzeptionen etwa der Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück kritisch dokumentiert werden sollten und zudem besonders jene Orte zu fördern seien, an denen es politisch Verfolgte aufeinanderfolgendes Unrechts gegeben habe.

Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und FDP lehnten die Forderungen der Oppositionspartei ab. Eine Ausweitung der Bundesbeteiligung an Gedenkstätten wurde als »wissenschaftlich befriedigend nicht zu begründen« zurückgewiesen. Die am 5. Mai 1992 vom Bundesinnenministerium vorgelegte »Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland« (vgl. Drucksache 13/8486), bezog sich daher ausschließlich auf die ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten der DDR befristet auf zehn Jahre. Eine

Beteiligung an westdeutschen Gedenkstätten wurde gänzlich ausgeschlossen. Die Gedenkstätten auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik (darunter auch Orte wie Bergen-Belsen, Dachau, Flossenbürg, Hadamar, Neuengamme) mussten weiterhin auf zivilgesellschaftliche und kommunale Unterstützung bzw. Länderfinanzierungen hoffen.

Unter Einbeziehung von Sachverständigen folgten zähe Verhandlungen darüber, welche Gedenkstätten in den Genuss dieser einmaligen zehnjährigen Bundesförderung kommen sollten. Zu den ersten infrage kommenden Einrichtungen gehörten die ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen sowie die Berliner NS-Gedenkstätten Haus der Wannseekonferenz, die »Topographie des Terrors« und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im »Bendlerblock«. Für die beiden letztgenannten Gedenkstätten wurde bereits im Juni 1993 eine institutionelle Bundesförderung befürwortet, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit der Gedenkstätte Mittelbau-Dora folgten im November 1993. Im Bereich der SBZ/DDR-Aufarbeitung wurde den Gedenkstätten Berlin-Hohenschönhausen, Bautzen und Mödlareuth eine institutionelle Förderung und der Gedenkstätte Torgau Projektmittel in Aussicht gestellt, unter der Voraussetzung, dass Sachsen und Berlin Konzepte vorlegten und landesseitig subsidiär mitfinanzierten. Zudem wurde empfohlen, dass der Bund die Errichtungskosten für Gedenkstätte

Berliner Mauer vollständig übernehme. Nur die Förderungen einer Gedenkstätte in Marienborn und einer Gedenkstätte in Waldheim wurden abgelehnt. Gleiches traf auch auf die NS-»Euthanasie«-Gedenkstätte Bernburg zu. Die international bedeutsamen westdeutschen Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Neuengamme etc. fanden in der Drucksache 12/6111 nicht einmal mehr Erwähnung.

Auf dem Weg zu einer bundesweiten Gedenkstättenkonzeption

Dieser Zustand änderte sich im Zuge der Arbeit der Enquete-Kommissionen, die der Deutsche Bundestag zwischen 1992 und 1998 einsetzte. Bereits die 1. Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« zwischen 1992 und 1994 offenbarte, dass die Beschäftigung mit der SBZ/DDR-Diktatur nicht ohne Bezugnahmen zur NS-Diktatur erfolgen konnte. Hierbei ging es den SPD/PDS-Abgeordneten und Sachverständigen vor allem um eine scharfe Abgrenzung der beiden deutschen Diktaturen vor und nach 1945 und um Trennschärfe zwischen Stalinismus, Realexistierenden Sozialismus und Nationalsozialismus, während die Abgeordneten und Sachverständigen der Regierungsparteien überwiegend von »zwei sozialistischen Seiten ein und derselben Medaille« sprachen, d. h. die Nähe und Ähnlichkeiten beider totalitärer Herrschaftssysteme betonten. Beispiele für letzteres waren ein Gleichsetzen von Speziallagern der SBZ und nationalsozialistischen Konzentrationslagern, von Stasi und Gestapo sowie von SED

und NSDAP, die in der Diskussion zeitweilig zu einer gezielten Amalgamierung von Kommunismus und Nationalsozialismus führten. Die PDS- und SPD-nahen Sachverständigen versuchten, dieser totalitarismustheoretischen Deutung der DDR durch differenziertere Sichtweisen und abmildernde Analysen entgegenzuwirken, betonten die auch international singuläre Verbrechensdimension des NS.

Schließlich setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine einseitige Förderung der Gedenkstätten für die Opfer der SBZ-/DDR-Diktatur auch international den schalen Geschmack erzeugte, das vereinte Deutschland entledigte sich ihrer Vorgeschichte und damit der NS-Vergangenheit. Gleichzeitig mussten auch altgediente Antifaschist*innen einräumen, dass die Aufarbeitung der NS-Diktatur nicht mehr singulär war, sondern dass neben NS-Gedenkstätten nun auch Gedenkstätten, die stalinistische und kommunistische Verbrechen zum Gegenstand erhoben, Existenzberechtigung hatten. Der »antitotalitäre Konsens«, der am Ende der 1. Enquete-Kommission gefunden wurde, färbte zwar die Singularität des braunen NS »rot« ein, stellte jedoch zugleich die notwendige Bedingung dafür dar, dass einer Förderung auch der dezentralen, westdeutschen NS-Gedenkstätten nicht mehr viel entgegenstand.

Die 2. Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« veränderte die Gedenkstättenlandschaft infolgedessen nachhaltig und etablierte eine nie zuvor da gewesene

gesamtdeutsche Gedenkstättenpolitik. Sie definierte Lösungen für ein gleichberechtigtes Erinnern und Gedenken an verschiedene Verbrechenskomplexe, unter Vermeidung eines »Rankings« zwischen NS und SBZ/DDR. Die sensibel zu behandelnde Frage des gleichberechtigten, dennoch getrennten Gedenkens der Opfer aufeinanderfolgenden Unrechts, markiert seither einen Grundkonflikt, der sich bis heute nicht reibungslos lösen ließ und beispielsweise dazu führte, dass es in den meisten ostdeutschen Gedenkstätten-Stiftungen getrennte Opfer-Beiräte gibt, einen mit Bezug zum NS und einen mit Bezug zur SBZ/DDR. Das Bekenntnis der Deutschen zu den unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechten wurde kleinster gemeinsamer Nenner des »antitotalitären Konsenses« und der demokratischen Erinnerungskultur in Deutschland. Die Darstellung der Geschichte der Diktaturen im jeweiligen Zusammenhang durch dezentrale Ausstellungsabschnitte und getrennte Einzelausstellungen, um einer Gleichsetzung von NS und DDR/SBZ und eine Vermischung der Opfergruppen entgegenzuwirken, ist inzwischen etabliert. Auch die Vermeidung einheitlicher, vielmehr die Vermittlung pluralistischer Geschichtsbilder kennzeichnet heute die Gedenkstättenlandschaft, die ihrerseits dezentral und gesamtstaatlich angelegt ist. Westdeutsche Gedenkstätten wurden den ostdeutschen Gedenkstätten somit 1998 gleichgestellt. Auch dass einer Bundesbeteiligung an Gedenkstätten vornehmlich ein fachwissenschaftliches Votum und weitgehende

legislative Unabhängigkeit genießen, wurde verankert.

Gesamtstaatliche Gedenkstätten- und Erinnerungspolitik

Diese Festlegungen waren ein Novum in der deutschen Innenpolitik und die Geburtsstunde der gesamtstaatlichen Gedenkstätten- und Erinnerungspolitik. 1998 konnte auf dieser Basis eine Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gegründet werden. 1999 folgte die erste Gedenkstättenkonzeption des Bundes, mit der die über Jahrzehnte gewachsene und allein aus bürgerschaftlichem Engagement getragene NS-Erinnerungskultur in Westdeutschland der jungen SBZ/DDR-Erinnerungskultur in Ostdeutschland förderrechtlich gleichgestellt wurde und »späte Anerkennung« erhielt. Ab den 2000er-Jahren erhielten daher auch die KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen und Neuengamme erstmals Bundesförderungsmittel. Um eine Trägerstruktur für diese Bundesmittel zu schaffen, wurden landeseigene Gedenkstättenstiftungen gegründet. Ostdeutscher Vorläufer hierfür war die im Jahr 1994 gegründete Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Die jüngste dieser Art ist die im Oktober 2019 gegründete Stiftung Hamburger Gedenkstätten.

Mit der prinzipiellen Gleichrangigkeit von NS- und SBZ/DDR-Gedenkstätten endete die Singularität der NS-Aufarbeitung und wurden die Verbrechen des Kommunismus als gleichrelevanter Gegenstand von Aufarbeitung aufgewertet. Zuweilen führte das

engagierte Bedienen eines Nachholbedarfs in Sachen Kommunismus-Aufarbeitung und DDR-Diktatur-Vermittlung zu einer deutlichen Überpräsenz von SBZ/DDR-Projekten. Auch das Fehlen einer Bundestiftung zur Aufarbeitung der NS-Diktatur (als Pendant zur Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) führt bis heute zu einer »Schlagseite«.

Die Ausführungen lassen folgende abschließende Bewertung zu: Mit der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, als ein wesentliches Ergebnis der 2. Enquete-Kommission, trat tatsächlich der seltene Fall ein, dass für die ostdeutschen Bundesländer entwickelte »Modelle« schließlich auch auf die alten Bundesländer übertragen wurden. Nur durch die Aufarbeitung der SBZ und DDR bzw. nur durch die notwendig gewordene staatliche Förderung der zeitgeschichtlichen Aufarbeitungsinitiativen und ehemals zentralen Mahn- und Gedenkstätten in den neuen Bundesländern, d. h. nur über diesen Umweg war auch eine Förderung der KZ-Gedenkstätten insgesamt möglich und kamen auch die NS-Gedenkstätten in den alten Bundesländern endlich in den »Genuss« einer staatlichen Unterstützung durch den Bund.

Hiermit ging zugleich eine Neubewertung deutscher Vergangenheitsschichten und internationaler Verbrechenkomplexe einher. So büßten die NS-Forschung und das NS-Opfergedenken de facto an Singularität ein, galt es ab 1990 auch den Opfern des Stalinismus einen Ort im kollektiven Gedächtnis einzuräumen. Zu den Opfern des Nazi-Terrors »gesellten« sich die Opfer des

stalinistischen Terrors, neben den Opfern der KZ und der Zwangsarbeit traten die Opfer des Gulag, wenngleich die industrielle Massenvernichtung, als unvergleichbarer Zivilisationsbruch bestehen blieb. Es kann daher begründet von einem Paradigmenwechsel und von einem Funktionswandel der Geschichts- und Erinnerungspolitik sowie von einem Beginn einer umfassenden Gedenkstättenpolitik als Teil staatlichen symbolpolitischen Regierungshandelns nach 1990 gesprochen werden. Die politische Legitimationskrise von Gedenkstätten in Deutschland schien damit ab 1999 insgesamt überwunden, wenn auch geschichtspolitische Konfliktlinien bis heute – 75 Jahre nach Kriegsende und 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – bestehen blieben.

Literatur

Hammerstein, Katrin: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017.

Heitzer, Enrico/ Jander, Martin/Kahane, Anetta (Hg.): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt am Main 2018.

Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989, Bielefeld 2011.

Über die Autorin

Dr. Carola S. Rudnick, Studium der Kulturwissenschaften an der Universität Lüneburg, 2005-2009 Graduierten-Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009-2011 Leitung des Pädagogischen Zentrums der Gedenkstätte Bergen-Belsen, 2011 Promotion in Neuere Geschichte zum Thema „Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989“, seit 2011 freiberuflich tätig, 2012-2015 EU-Projektleitung „Vielfalt achten, Teilhabe stärken. Lüneburger Inklusionsschulung“. Seit 2015 als wissenschaftliche und pädagogische Leitung mit der Neugestaltung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg befasst. Sie veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze und Monographien zu den Themen Erinnerungs- und Geschichtspolitik, Gedenkstattengeschichte, historisch-politische Bildungsarbeit an außerschulischen Lernorten, Zwangssterilisation und „Euthanasie“, zuletzt: „Erinnerungsräume“ (2020), „Still, stumpf, beschäftigt mit Kartoffelschälen, verlegt – Frauen als Opfer der ›T4‹“ (2019).

Postsowjetische Kriegsmuseen: Das „Belarussische Staatliche Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ in Minsk und das „Nationalmuseum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg“ in Kyïv

Von Juliane Niklas

Museen, hierauf verweist Anja Wohlfromm, sind immer Abbild des kulturellen Selbstverständnisses der Gesellschaft, in der sie existieren (Wohlfromm 2002: 18). Kriegsmuseen haben zusätzlich eine geschichtspolitische Bedeutung, sie präsentieren die aktuell bevorzugte Geschichtsschreibung. Im Vergleich zwischen Minsk und Kyïv zeigt sich diese bereits in der Benennung der Museen. Während Belarus die sowjetische Bezeichnung als Großer Vaterländischer Krieg beibehielt, bekam das ukrainische Kriegsmuseum 2015 seinen neuen Namen. Gleichzeitig sind in beiden Museen spezifisch sowjetische Museumstraditionen zu erkennen – und das macht die Museen für die wissenschaftliche Betrachtung so spannend.

Solange die Ukraine und Belarus zur Sowjetunion gehörten, fungierte der Große Vaterländische Krieg mit seinen Helden- sowie Opfertaten als Ausgangspunkt für die Schaffung patriotischer Symbole und kollektiver Gedenkmuster (Lutz Auras 2013: 206). Spätestens seit dem Maidan 2013/2014 ist in der Ukraine eine Entglorifizierung des sowjetischen Sieges und eine Europäisierung der Erinnerung zu beobachten, in Bezug auf

die Kriegsdarstellung verbunden mit einer Betonung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. In Belarus herrscht eine homogenisierte Darstellung des Krieges vor, während nach den politischen Umbrüchen von 1990 zugleich eine Nationalisierung des Geschichtsbildes zu beobachten ist (Kurilo 2008: 19).

Postsowjetische Museen

In Belarus und der Ukraine sind Museen eher „Tempel der Aufbewahrung der traditionellen Erzählung und Ästhetik, und nicht [...] Bildungsstätten, die die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse vermitteln“ (Makhotina/Schulze Wessel 2015: 14). Auf „westliche“ Besucher*innen mit spezifischen Erwartungen und erlernten Erfahrungen, wie Museen aussehen und wirken, erscheinen diese Museen schnell schrullig oder gar eindimensional. Sie beruhen aber in ihrer Machart auf sowjetischen Museumsausgestaltungen, die durch versuchten Bruch oder Fortführung auch in den jetzigen postsowjetischen Museen sichtbar sind. Die Rolle der „ideologischen“ Museen der Sowjetunion – als Museumstypus waren dies insbesondere die Antireligions-, die Revolutions- und die Kriegsmuseen – war weniger eine museale als eine politische und pädagogische. Die Museen vermittelten vor allem Weltanschauung. Auch heute verstehen sich beide Museen als ideologisch – laut Homepages sehen beide ihre vorrangige Aufgabe darin, die Jugend zum Patriotismus zu erziehen.

Dennoch waren die sowjetischen Museen mehr als bloße Indoktrinations- und

Propagandaeinrichtungen, da sie wiederum auf Traditionen beruhten, die „mehr mit dem 19. Jahrhundert, mit dem Glauben an den ‚Geist der Aufklärung‘ und die ‚Verbesserung des Menschengeschlechts durch Erziehung und Bildung‘ zu tun haben als mit einem utopischen Projekt Kommunismus“ (Schlögel 2017: 45). In der Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre hatte ein einmaliges „Experiment zur Schaffung eines neuen Museumstypus“ (Terjukova 2014: 111) stattgefunden. Die neuen Museumstypen ließen und lassen sich keiner Klassifikation von Museen unterwerfen, es waren neue Wissensinstitutionen, geschaffen durch „Enthusiasten“ (Kandidov 2012: 263), die selbst keine Expert*innen auf dem jeweiligen Gebiet oder des Museumsbetriebs waren. Dass die Museen in ihrer Ausrichtung zielgerichtet waren, auf den Sieg der sozialistischen Revolution oder den Sieg der Wissenschaft über den Glauben hinzielten, konnte später in den Kriegsmuseen aufgegriffen werden. Dabei handelte es sich in den frühen sowjetischen Museen um Ausstellungsmachen als Versuch und Irrtum, und das auch noch zur Zeit der Stalinschen Säuberungen, in der eine „falsche“ Ausstellung im Sinne von nicht der jeweiligen – vielleicht sogar ungeschriebenen – Parteilinie entsprechend, willkürlich zu Repression, Verhaftung, Verbannung oder gar Todesstrafe führen konnte. So löste der Rat der Volkskommissare beispielsweise das Leningrader Blockademuseum als eines der frühen Kriegsmuseen 1949 auf. Grund hierfür war, dass Stalin in dem Museum nicht als der wahre

Kriegsheld dargestellt sei (Pawlow 1967: 214f.). Außerdem sei die Rolle des Zentralkomitees bei der Verteidigung Leningrads nur unzureichend gewürdigt worden (Jastram 2011: 95). Entsprechend gab es in den späteren Kriegsmuseen eine Ecke oder einen Saal, der speziell Stalin und der Partei gewidmet war, denen gemäß dieser Darstellung der Sieg alleinig zu verdanken war. Die Funktion Stalins wurde so deutlich erhöht. Zuvor war die Aufwertung der Rolle Stalins bereits in den Revolutionsmuseen zu beobachten gewesen. Mit der Verbannung von L. D. Trockij, G. E. Zinov’ev und L. B. Kamenev und anderer lästig gewordener früherer Kampfgefährte*innen Lenins aus Fotos, Geschichtsbüchern und den Revolutionsmuseen stieg im Narrativ Stalins Anteil an der Oktoberrevolution. Bis zur Mitte der 1930er Jahre hatte Stalin sich museal einen Platz an Lenins Seite geschaffen, den er in der Revolution nicht hatte.

Betrachten wir die Museen vor dem Hintergrund ihrer sowjetischen Traditionen und der sowjetischen Museologie (die weniger monolithisch war, als sie in dieser Komprimierung wirken mag, und nach dem Tod Stalins wesentliche Änderungen erfuhr), erscheinen sie in einem anderen Licht, werden Ausgestaltung und Erzählung verständlich und nachvollziehbar.

Sowjetische Nachwirkungen in den Museen – zwei Interpretationen

Minsk: Aljaksandr Lukašënka als Kriegsheld (Saal 10: „Erben des Großen Krieges“)
Die Ausstellung in diesem Saal zeigt „die

wichtige Rolle des Präsidenten der Republik Belarus A. G. Lukašënka in der Reformierung und Entwicklung der Streitkräfte, in der verlässlichen Gewährleistung der Wehrfähigkeit der Republik, in der Sicherung von Frieden, Stabilität und Sicherheit“ (Vjarënič et al. 2015: 158). In Exponaten und Fotodokumenten präsentiert der Saal „die Arbeit an der Verewigung der Erinnerung an die Gefallenen in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges“ (ebd.), die staatliche Unterstützung von Veteranen und die gegenwärtige Tätigkeit der staatlichen Sicherheitsorgane. Eine Lukašënka gewidmete Ausstellung im Museum über den Zweiten Weltkrieg resp. Großen Vaterländischen Krieg ergibt historisch natürlich keinen Sinn und erklärt sich erst durch das Wissen um Schließungen unliebsamer Ausstellungen der frühen Kriegsmuseen. Während die Verdienste um den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg alleinig Stalin als Kriegsheld zugeschrieben wurden, wird Lukašënka durch diese Inszenierung zu dem Helden, der den Gefallenen des Krieges ein museales Denkmal gesetzt hat, der die Erinnerung an den Krieg aufrecht erhält. Und dessen Führung es zu verdanken ist, dass das Land derzeit in Frieden lebt. Der Lukašënka-Saal ist der letzte vor dem Kuppelsaal, dem Saal des Sieges.

Auch im Eingangsbereich des Museums nimmt Lukašënka eine prominente Position ein, die Ausstellung ist somit durch den Präsidenten gerahmt. In einer umzäunten kreisförmigen Bodenvertiefung in der Eingangshalle ist ein roter Kubus in der Größe

eines Schuhkartons eingelassen, durch eine Glasplatte nach oben geschützt. Die Vertiefung ist umrandet mit goldenen Lettern, die zweimal, getrennt durch einen kleinen fünfzackigen ebenfalls goldenen Stern, folgenden Text auf Belarussisch ergeben: „Hier ist die Erinnerung derjenigen aufbewahrt, denen wir unser Leben verdanken“. Durch die Ausführungen eines Tourguides, des Audioguides oder einen Blick in den Museumskatalog ist zu erfahren, dass sich in dem Kubus eine Kapsel „Nachricht an die Nachgeborenen“ des Präsidenten Lukašënka befindet, die zu Baubeginn am 24. April 2010 eingelassen wurde. Der neue Museumsbau ersetzte das bisherige Kriegsmuseum von 1943 bzw. 1967.

Kyïv: Die Aura des Originals

Das Kriegsmuseum in Kyïv verfügt fast ausschließlich über Originale, darauf wird bei jeder Führung und auch im Ausstellungskatalog hingewiesen. Dass Originale im Museum über eine Aura verfügen, wird zu Recht bezweifelt (zuletzt Weindl 2019), Diskussionen um Aura und Authentizität sind dennoch ein wichtiger Teil museums- (und gedenkstätten-)pädagogischer Diskurse. Die Betonung des Authentischen im Kyïver Museum mag noch andere Gründe haben, lässt sich aber auch als Hinweis auf die Übermacht Russlands zu Sowjetzeiten verstehen. 1923/24 organisierte das Petrograder/Leningrader Revolutionsmuseum mehrere Expeditionen in die Ukraine, um dort ukrainisches Originalmaterial mit Bezug zur Oktoberrevolution zu sammeln. Als 1938 das Lenin-Museum in Kyïv mit über 6 000

Exponaten öffnete, zeigte sich, dass keine Originale in der Ukraine verblieben waren. Das Museum wurde mit Modellen, Fotokopien oder Abdrucken bestückt: Modelle der Häuser, in denen Lenin gelebt hat, Kopien seiner Manuskripte, das nachgestellte Arbeitszimmer Lenins im Kreml, Kopien ukrainischer Dokumente zu Revolution und revolutionären Bewegungen. Original waren lediglich Ausgaben der Zeitungen Iskra, Vperéd und Pravda, die sowieso Massenware und vielfach verfügbar waren. So wie der Reiseführer „Muzei Ukrainy“ (Museen der Ukraine) von 1959 das Kyïver Lenin-Museum beschreibt, muss allen Besucher*innen klar gewesen sein, dass es sich eben „nur“ um eine Filiale des Leningrader Museums handelte, in dem die Originale aufbewahrt und ausgestellt wurden.

Nicht nur durch die Umbenennung des Museums und die Überarbeitung der Ausstellung zeigt Kyïv so seine (erinnerungspolitische) Abkehr von Russland. Auch die häufigen Hinweise auf Originalexponate können als weiterer Hinweis gewertet werden, ebenso das Narrativ des Museums und die verschiedenen thematischen Sonderausstellungen.

In Minsk hingegen finden sich weitere Anlehnungen an die sowjetische Geschichtsschreibung: die Architektur des Museumsgebäudes ebenso wie die verwendeten Opferzahlen, die auf den Schätzungen der „Außerordentlichen Staatlichen Kommission für die Feststellung und Untersuchung der Gräueltaten der deutsch-faschistischen Aggressoren und ihrer Komplizen, und des

Schadens, den sie den Bürgern, Kolchosen, öffentlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR zugefügt haben“ (ČGK) beruhen und durch neuere Forschungen als überholt gelten müssen.

Literatur

Jastram, C.-G. (2011): Die „Leningrader Affäre“. Ein Beitrag zur Säuberungspraxis in der UdSSR 1949 bis 1953. Hamburg.

Kandidov, B. P. (2012): Put' bor'by. Vspominanija o rabote po organizacii Central'nogo Antireligioznogo muzeja. [Der Weg des Kampfes. Erinnerungen an die Arbeit zur Organisation des Zentralen Antireligionsmuseums.]. In: Sovetskoe gosudarstvo i religija. 1918-1938 gg. Dokumenty iz Archiva gosudarstvennogo muzeja istorii religii. [Der sowjetische Staat und die Religion. 1918-1938. Dokumente aus dem Archiv des Staatlichen Museums für Religionsgeschichte.] Sankt Peterburg, S. 263-316.

Kurilo, O. (2008): Der Zweite Weltkrieg im Museum. Deutsch-osteuropäische Spiegelungen. In: dies. (Hg.): Der Zweite Weltkrieg im Museum. Kontinuität und Wandel. Berlin, S. 11-24.

Lutz Auras, L. (2013): Zwischen Stolz und Missbilligung. Der Zweite Weltkrieg in der Erinnerungspolitik der Russländischen Föderation und der Ukraine. In: Bizeul, Y. (Hg.): Rekonstruktion des Nationalmythos? Frankreich, Deutschland und die Ukraine im Vergleich. Göttingen, S. 193-226.

Makhotina, E./Schulze Wessel, M. (2015): Neue Konfliktlinien in den Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg im östlichen Europa. Zur Einleitung. In: Makhotina, E. et al. (Hg.): Krieg im Museum. Präsentationen des Zweiten Weltkriegs in Museen und Gedenkstätten des östlichen Europa. Göttingen, S. 1-14.

Mezenceva, G. G. (1959): Muzei Ukrainy. [Museen der Ukraine.] Kiev.

Pawlow, D. W. (1967): Die Blockade von Leningrad 1941. Frauenfeld und Stuttgart.

Schlögel, K. (2017): Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt. München.

Terjukova, E. A. (2014): Kul'tovij predmet v muzee. Iz istorii muzejnogo dela v Rossii 20-30-x godov XX veka. [Der Kultgegenstand im Museum. Aus der Geschichte der Museumstätigkeit in Russland in den 20er bis 30er Jahren des 20. Jahrhunderts.]. In: Vestnik SPbGU [Bulletin der Staatlichen Universität Sankt Petersburg] Ser. 17, Vyp. 3, S.110-115.

Vjarënič, I. U. et al. (2015): Belaruski dzjaržaŭny muzej historyi Vjalikaj Ajčynnaj vajny. [Das Belarussische Staatliche Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges.] Minsk.

Weindl, Roman (2019): Die „Aura“ des Originals im Museum. Über den Zusammenhang von Authentizität und Besucherinteresse. Bielefeld.

Wohlfrohm, A. (2002): Museum als Medium. Neue Medien in Museen. Überlegungen zu Strategien kultureller Repräsentationen und ihre Beeinflussung durch digitale Medien. Köln.

Über die Autorin

Juliane Niklas ist Slawistin und arbeitet als Referentin für Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien beim Bayerischen Jugendring.

#75befreiung Digitales Gedenken und Vermitteln 2020 (Teil 2)

Von Iris Groschek

Gedenkstätten wollen in der analogen wie in der digitalen Welt Aufmerksamkeit für ihr Thema erreichen, um Wissen um die NS-Zeit weiterzugeben und die Erinnerung an die Verfolgten wachzuhalten. Sie wollen sich aber auch in aktuelle Debatten einmischen, indem sie Formen und Folgen von Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten und Demokratiefeindlichkeit aufzeigen. Welche Form hat politisch-historische Bildung im 75. Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus? Wie wird dieses Ereignis online repräsentiert und vermittelt? Wie digital kann Erinnerung sein? Dieser Artikel gibt Beispiele für digitale Formen des Gedenkens und Lernens.

In Teil 1 wurden spezielle Webseiten zum 75. Jahrestag der Befreiung und eine Social Media-Aktion zu diesem Jahrestag vorgestellt. 2020 wurden unter dem Eindruck von eingeschränkten realen Begegnungen darüber hinaus weitere neue Formate der Gedenkstätten und Lernorte online etabliert, die teilweise nur im digitalen Raum funktionieren, teilweise aus der analogen Welt in die digitale Welt übertragen wurden. Diese Angebote reichen von Online-Vorträgen (Webseminare) über digitale Zeitzeug*innengespräche auf YouTube (Gespräch der Bildungsstätte Anne Frank mit Zvi Cohen am 7.5.2020) oder Zoom (Gespräch mit Regina Steinitz und Ruth Malin

am 8. Mai 2020) bis zu Rundgängen durch Ausstellungsräume (Villa ten Hompel). Vor allem wird digital auf Vermittlung gesetzt. Die Gedenkstätte Mauthausen spricht gezielt Schüler*innen bzw. Lehrkräfte an, indem zu ihren Kurzvideos zu einzelnen Themen auch Arbeitsbögen zur Verfügung gestellt werden: Auf ihrem YouTube-Kanal hat die Gedenkstätte unter #BildungDigital bis Ende Juni 50 Kurzvideos zu unterschiedlichen Fragestellungen, Orten und Themen online gestellt. Die Gedenkstätte Sachsenhausen stellt einzelne Themen in Kurzclips unter dem Titel „Perspektiven auf die Geschichte des KZ Sachsenhausen“ – oder #DigitalMemorial – auf YouTube vor. Dieser „Snackable Content“, ein Inhalt, den Rezipient*innen online ohne große Anstrengung verstehen können, folgt den Regeln des Internets und den Gewohnheiten der Online-Communities, zeigt aber auch Grenzen auf. Wie „snackable“ soll und kann kommunizierter Inhalt von KZ-Gedenkstätten sein? Hier werden unterschiedliche Wege gefunden, um Vorträge und Kurzclips zu verknüpfen, vertiefende Angebote zu machen, historisch-politisch zu informieren, miteinander zu interagieren und vor allem ins Gespräch zu kommen.

Die Angebote sind vielfältig und manche auch interaktiv: so sollten beispielsweise im Projekt überLAGERT Fotos von Orten ehemaliger Außenlager in Brandenburg in Social Media gepostet werden. Neben lokalen Angeboten, die sich als Teil von Jugendbildung sehen, gibt es auch international funktionierende interaktive Angebote, wie die

Crowdsourcing Aktion „Jeder Name zählt“ der Arolsen Archives. Diese Aktion hat nach Angaben des Archivs durch die Restriktionen im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie insofern Auftrieb erhalten, als dass mehr Menschen genug Zeit hatten, sich digital am Projekt zu beteiligen, so dass sie bis Juni 2020 über eine Million Namen von NS-Verfolgten aus verschiedenen Konzentrationslagern online erfassten. Während hier die Kompetenzen außerhalb des Gedenkstättenbereichs genutzt werden, ist im Bereich von Social Media nicht vorproduzierter, sondern live stattfindender Content die ansprechendste und kommunikativste Form des Online-Dialogs:

Zwei Livestreams, die Interaktion ermöglichen, hat die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur „Langen Nacht der Museen“ in Hamburg am 25. April 2020 durchgeführt, in dem sie zum einen einen Kuratorinnen-Rundgang durch die Gedenkstätte Bullenhusen Damm und zum anderen einen Dialog zu Gegenständen anbot, die Aspekte der Geschichte des KZ Neuengamme verdeutlichten. Fast 1000 Personen waren live jeweils bei dem doppelt übertragenen Livestream dabei (Facebook und Instagram) und auch die Aktivierung derjenigen, die live dabei waren, hat sehr gut funktioniert (221 bzw. 374 live Kommentare, 837 bzw. 822 Reaktionen auf Facebook). Mit 4,4 bzw. 4,5 Tausend Zuschauer*innen, die sich noch während der „Langen Nacht der Museen“ die Streams anschauten, wurden sehr viele neue Personen erreicht. Eine Folge war, dass der Instagramaccount der

Gedenkstätte Neuengamme innerhalb eines Tages 94 Follower dazu gewann. Insgesamt wurden laut Statistik des Museumsdienst Hamburg, der an dem Tag verschiedene Livestreams von Hamburger Museen und Gedenkstätten koordinierte, bis zur darauf folgenden Woche über 12.000 Personen über den Facebook-Livestream zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme, über 13.000 Personen über den Facebook-Livestream zur Gedenkstätte Bullenhusen Damm erreicht.

Nicht nur Gedenkstätten, auch Museen und Lernorte wurden in ihrer digitalen Vermittlung aktiver. Mit vorne voran die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, die u.a. Webinare unter dem Stichwort „ab ins #netz!“ als Form der politischen Bildung zu den Themen Rassismus, Diskriminierung oder rechte Ideologien anbietet. Über Zoom und den eigenen YouTube-Kanal werden Vorträge, Interviews, Lesungen und Gespräche zu aktuellen Themen mit unterschiedlichen Expert*innen gestreamt und bleiben online verfügbar. Häufig werden Online-Seminare über Zoom angeboten, die aber auch über die leichter zugängliche – aber auch leichter konsumierbare – Plattform YouTube verfolgt werden können. Als Beispiel, wie eine virtuelle wie digitale Vernetzung von Gedenkstätten aussehen kann: Am 30. Juni und 1. September 2020 haben die Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau und Neuengamme gemeinsame Online-Rundgänge angeboten, die den Mehrwert brachten, dass mehrere Gedenkstätten virtuell besucht und Orte und Geschichten direkt verglichen werden konnten. Dieses kollaborative

Format soll fortgesetzt werden. Die Schwierigkeit hierbei liegt in der Aktivierung der Zuschauer*innen, wie sie auf Instagram, wie zuvor gezeigt, noch erreicht werden konnte. Die Hemmschwelle, in diesem Format, das eher die Anmutung von Seminaren oder Vorträgen hat, zu kommentieren oder Fragen zu stellen, ist größer als beispielsweise in dem noch leichter über das Smartphone zugänglichen Social Media-Livestream.

Wie YouTube auch gänzlich anders für eine Vermittlung genutzt werden kann, zeigt das Video-Diary-Projekt des Anne Frank House in Amsterdam. Hier geht es, ähnlich wie das kontrovers diskutierte Projekt „What if“ auf Instagram, um eine Re-Inszenierung. Das Anne Frank House stellt die Frage: „Was wäre, wenn Anne Frank statt einem Tagebuch eine Kamera hätte?“ Schauspieler*innen setzten Aspekte aus Anne Franks Tagebuch in 15 Spielszenen um. Ergänzt wird das Angebot durch Zusatz-Videos wie Interviews mit den Schauspieler*innen oder „Explainer“ mit Hintergrundinformationen. Das 75. Jahr der Befreiung war mit Anlass zur Entwicklung dieses sich explizit an junge Menschen in einer aktuellen Form richtenden Angebots. „In 2020, it will be 75 years since the end of the Second World War. The world has changed in these 75 years, and so have the lives of young people. Young people today read less than they did in the past; they all watch videos on YouTube instead.“

Das bestechende Argument für die aktive Nutzung digitaler Formate ist die Reichweite. Das Jüdische Museum Frankfurt erreicht mit seinen Beiträgen auf den Sozialen

Medien (Facebook, Instagram, Twitter, YouTube) „seit geraumer Zeit deutlich mehr Besucherinnen und Besucher als im physischen Raum“. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die digitale Kommunikation eigenen Gesetzen folgt und nur zum Teil ein anderes Publikum anspricht, wenn nicht explizit aktuelle Themen oder virale Fragestellungen angesprochen werden. Das Jüdische Museum entwickelte vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zum Beispiel nicht nur eine digitale Reihe, die bestimmte Aspekte der jüdischen Kulturgeschichte mit Blick auf die aktuelle Krise ansprach, sondern auch ein „Videocast“ mit dem Titel „Tachles“, auf dem die Direktorin des Museums mit unterschiedlichen Persönlichkeiten zu diesem aktuellen Thema in dem Format zuträglichen sehr kurzen Gesprächen Denkanstöße gab. Auch kleinere Gedenkstätten, so wie die schon erwähnte Gedenkstätte Isenschnibbe Gardelegen in Sachsen-Anhalt, oder die Gedenkstätte Breitenau in Hessen, oder das Erinnerungsprojekt T4, das sehr aktiv auf Twitter ist, und einen Blog betreibt, der nicht nur berichtet, sondern „Angehörigen von Opfern eine Stimme [gibt] und auf dem Feld der Erinnerungskultur und der Gedenkpolitik [interveniert]“, konnten durch eine professionelle und communitygerechte Social Media-Arbeit Aufmerksamkeit erzielen, die über das Lokale hinaus ging. Die Aufmerksamkeit des 75. Jahrestags und die Aktion #75befreiung wurde von der Gedenkstätte Breitenau zum Beispiel auch genutzt, um ihre Social Media - Kanäle zu etablieren. Auf Facebook und Instagram gibt es darüber

hinaus auch ein Bewegtbildangebot.

Dr. Victoria Grace Walden von der Universität Sussex hat eine Liveführung auf Instagram der Gedenkstätte Bergen-Belsen analysiert und sieht noch mehr Potential in solchen Angeboten, in dem die Vorteile des Digitalen angenommen und umgesetzt werden. Livetouren, über Social Media angeboten, sind im besten Sinne „micro-tours“, die in 30 Minuten einen Einblick in eine reale Tour geben¹ oder ein bestimmtes Thema besprechen. Social Media Livestreams bieten, wie eine reale Führung, eine Interaktion mit dem Guide und begegnen damit auch dem Wunsch der online-Besucher*innen, den Ort, den sie nur digital besuchen können, zu sehen und ein Gefühl dafür zu bekommen, wie es vor Ort aussieht. Eine digitale Tour entspricht auch dem Wunsch nach Entscheidungsfreiheit bzw. Freiwilligkeit des Besuchs und hat Anklänge an eine individuelle Erfahrung, wenn der Besuch über das eigene Smartphone erfolgt und dieses Format für die Teilnehmenden eine Anmutung eines 1:1 Gesprächs erhält. Dies sind Faktoren, die Walden für Web 2.0-Erlebnisse charakteristisch sieht. Virtuelle Touren befinden sich im „Spannungsfeld zwischen traditionellen, institutionalisierten Gedächtnispraktiken und den Erwartungen der Nutzer an zeitgenössische, hyperconnective Online-Räume“. Und

¹ Die Gedenkstätte Dachau bietet auf Facebook digitale thematische Führungen durch die Gedenkstätte an, wobei die Tour zum Thema Zeugen Jehovas mit 555 Kommentaren das meiste Aktivierungspotential aufwies (https://www.facebook.com/watch/live/?v=564398877781796&ref=watch_permalink).

genau das ist das Potential, das „hyperconnective Potential“ solcher Angebote, wenn in der digitalen Welt beispielsweise Orte oder Expert*innenwissen online verknüpft werden und so eine zusätzliche Informationsebene erhalten, die eine analoge Tour an einem Gedenkort nicht schaffen kann.

Das Digitale bietet Chancen, kollaborativ gemeinsam über Erfahrungen anderer Personen, über das Erinnern eigenen Erlebens, über ein zukünftiges Zusammenleben, aber auch die Formen künftigen Gedenkens nachzudenken. Oder um es mit dem Titel eines Podcasts im Rahmen der Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums München auszudrücken: #historyisnotthepast.

Weiterlesen

<https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/309719/lernen-auf-entfernung-digitale-angebote-ueber-nationalsozialismus-und-holocaust>

<https://museumhack.com/virtual-museum-tour-trends/>

<https://musermeku.org/social-media-strategie/>

Über die Autorin

Dr. Iris Groschek arbeitet bei der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Social Media.

Lernen aus der Geschichte

Zeitenwende ´45 – Aufbruch in ein neues Europa. Unterrichtsideen und Materialien.

Von Tanja Kleeh

Die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. herausgegebene Broschüre „Zeitenwende ´45 – Aufbruch in ein neues Europa. Unterrichtsideen und Materialien“ bietet sowohl Hintergrundinformationen zur Erinnerungskultur in Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, als auch der Bildungsarbeit des Volksbunds. Der theoretische Teil bietet unter anderem Beiträge von Aleida Assmann, Jörg Echternkamp, Martin Lücke und Tobias Grote.

Hintergrund

Assmann schreibt in ihrem Beitrag „Drei Europas“ über die bereits im Untertitel erwähnten „Errungenschaften und Herausforderungen“, die sie für das heutige Europa – genauer: die Europäische Union – sieht. Als Herausforderungen für die Zukunft sieht Assmann das Ende des Sozialstaats und die Erosion der Solidarität, die Entbürgerlichung der Gesellschaft sowie die unaufgearbeitete Geschichte des europäischen Imperialismus.

Wie konkret die Arbeit an einem vereinten Europa aussehen kann, zeigen Corine Defrance und Jörg Echternkamp in ihren Beiträgen. Defrance zeichnet die Geschichte von Städtepartnerschaften als Format der „paräffentlichen Diplomatie“ nach, das bereits im frühen 20. Jahrhundert seinen Ausgang nahm. Seitdem hat es viele Wandlungen

Empfehlung Unterrichtsmaterial

erfahren und dient heute der Zusammenarbeit und Aussöhnung. Jörg Echternkamp widmet sich einem historischen Abriss der sicherheitspolitischen Neuordnung Europas, beginnend bei der Entmilitarisierung nach 1945 bis hin zu den heutigen Debatten um eine Verteidigungsunion.

Überlegungen zu pädagogischen Vermittlungsansätzen liefern Martin Lücke und Tobias Grote mit ihren Beiträgen. So plädiert Lücke etwa dafür, das „natio-ethno-kulturelle Denken“ aufzubrechen und Alternativen für die gewohnte Meistererzählung zu suchen. Noch einen Schritt weiter geht Tobias Grote, der auffordert, mehr Demokratiebildung zu wagen. Gerade in Zeiten einer erstarkenden AfD sei dies besonders wichtig.

Unterricht

Die Broschüre „Zeitenwende ´45“ bietet sechs verschiedene Unterrichtsideen, die an das Kriegsende 1945 und seine Auswirkungen für das heutige Europa anknüpfen. Marco Wingert stellt zudem kurz die Bildungsarbeit des Volksbundes vor. Einen näheren Eindruck von dieser kann im letzten Beitrag der Broschüre gewonnen werden. Rainer Bendick erörtert darin nicht nur die Bedeutung von Kriegsgräberstätten, sondern erklärt, wie sie als Lernorte dienen können. Am Beispiel einer Gruppe von Auszubildenden aus Northeim, die nach Niederbronn-les-Bains (Elsass) fahren, wird das Konzept des Volksbundes für solche Fahrten vorgestellt.

Die Unterrichtsideen sind stets einer

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Zielgruppe (Sekundarstufe I oder II) sowie einem oder mehreren Fächern (Geschichte und/oder Politik) zugeordnet. Weiter ist der voraussichtliche Zeitaufwand angegeben. Je nach Thematik variieren die Materialien zwischen historischen Fotografien, Texten und Karikaturen. Da zeitlich am nächsten zum Thema dieses Heftes gelegen, wird an dieser Stelle beispielhaft die Unterrichtseinheit „Hunger, Armut, Neuanfang – Die unmittelbare Nachkriegszeit als Zeitenwende in Deutschland“ von Oliver Baumgarten vorgestellt. Neben bereitgestellten Bildimpulsen in Form von historischen Fotografien und dazugehörigen Arbeitsbögen, bietet Baumgarten für die Lehrkräfte hilfreiche Einordnungen. So ordnet er das Material in die fachlichen Voraussetzungen ein: Es sollte bereits eine intensive Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden haben. Fachliche Informationen bieten sogenannte „Infokärtchen“, auf denen Begriffe wie Kohlenklau und Schulspeisung erläutert werden. Eine tiefergehende Erläuterung kann mithilfe der angegebenen Literatur erreicht werden.

Die Broschüre ist Teil eines Bildungspakets, zu dem eine, über den Volksbund auszuleihende, Wanderausstellung gehört. Sie besteht aus drei Koffern mit jeweils einer Stellwand und acht beidseitig bedruckten Ausstellungsdisplays. In sechs Kapiteln spannt die Schau einen inhaltlichen Bogen vom Kriegsende 1945 und dem Entstehen der Nachkriegsordnung hin zur schrittweisen Entwicklung der Europäischen Union mit dem Anspruch einer gemeinsamen

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Wertegemeinschaft über die Stationen Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Gemeinschaft (EG). Abschließend werden Fragen zur Zukunft der EU vor dem Hintergrund des Endes der Blockkonfrontation, der Globalisierung und anhaltender Krisen der Staatengemeinschaft behandelt. Zur Ausstellung gehören Erkundungsbögen mit denen sich der Inhalt erschließen lässt. Sie sind für die Sek I ab der 9. Jahrgangsstufe und für die Sek II entwickelt.

Fazit

Die Broschüre „Zeitenwende '45“ bietet neben Hintergrundinformationen zahlreiche Anregungen für den Geschichts- und Politikunterricht. Durch die strukturierte Aufbereitung können Lehrkräfte damit ihren Unterricht komplett vorbereiten oder auch nur Teilstücke nutzen. Die zahlreichen ergänzenden Informationen bieten den Schüler*innen eine gute Ausgangslage, sich fortzubilden.

Broschüre und Ausstellung können über die Landesverbände des Volksbunds bezogen werden oder bei: schule@volksbund.de. Für Schulen ist die Anlieferung der Ausstellung kostenfrei.

Acht Tage im Mai

Von Lucas Frings

Im Februar 2020 hat der Historiker Volker Ullrich nach seiner zweibändigen Hitler-Biographie mit „Acht Tage im Mai. Die letzte Woche des Dritten Reiches“ rechtzeitig zum 75. Jahrestag des Kriegsendes ein neues Buch veröffentlicht. Da er den Selbstmord Adolf Hitlers zum Ausgangspunkt seiner Erzählung wählt, beginnt seine Schilderung jedoch schon am 30. April 1945 und geht im Prolog auch über die Gesamt-Kapitulation am 8./9. Mai 1945 hinaus. Auf den 240 Textseiten ist „Acht Tage im Mai“ keine umfassende Darstellung oder tiefgehende Analyse der letzten Kriegstage, sondern eine skizzenhafte, episodische Erzählung, die stellenweise einer Anthologie ähnelt.

Jedem der im Endeffekt neun Tage ist ein Kapitel gewidmet. Diese beginnen mit Beschreibungen und Deutungen der politischen Ereignisse des jeweiligen Tages. Das sind etwa die Strategie und das Vorgehen der Regierung Dönitz oder die Teilkapitulationen einzelner Städte und Gebiete. Für die letzten Kriegstage legt er detailliert dar, wie die Wehrmacht-Befehlshaber Alfred Jodl, Hans-Georg von Friedeburg, Wilhelm Keitel oder Hans-Jürgen Stumpff erst versuchen, die Unterzeichnung einer Kapitulationserklärung hinauszuzögern bzw. diese lediglich mit den westlichen Alliierten zu vereinbaren und dann die bedingungslose Kapitulation erst in Reims und dann am 8./9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst unterzeichnen. Diese Episoden schildert er nah an einer

Inszenierung samt Spannungsbögen und Stimmung erzeugenden Bildern.

Neben diesen Aspekten der Herrschaftsgeschichte und historischen Einordnungen lebt „Acht Tage im Mai“ jedoch vor allem von den Anekdoten, Erinnerungen und Tagebucheinträgen, die sich in ganz Europa abspielen.

An vielen Stellen sind die neun Tage dabei vor allem der Aufhänger für Hintergrundgeschichten sowie eine Schilderung nachfolgender Geschehnisse. So kam zwar die sogenannte „Gruppe Ulbricht“ – ein um den früheren Vorsitzenden der Berliner KPD Walter Ulbricht versammelter kommunistischer Kader – aus Moskau nach Berlin. Ullrich geht jedoch auch auf Ulbrichts Zeit in Berlin und im Exil sowie die sowjetischen Interessen und Pläne ein.

In den Schlaglichtern, die Volker Ullrich auf die zeitgenössischen Reaktionen auf das nahende Ende des Deutschen Reichs wirft, nimmt er oftmals drastische Orts- und Perspektivwechsel vor. So kontrastiert er die Erfahrungen der „Gruppe Ulbricht“ mit einer Rede Willy Brandts und einem Tagebucheintrag von Astrid Lindgren, die sich zu diesem Zeitpunkt unabhängig voneinander beide in Stockholm aufhalten.

Teilweise stehen die Kontrastierungen, die Ullrich vornimmt, nicht im Zusammenhang, andernorts handelt es sich um vergleichbare Erlebnisse. Jedoch sind die Erfahrungen, die der Ingenieur und SS-Mann Wernher von Braun und der Literaturwissenschaftler Victor Klemperer bei ihrem jeweils ersten

Zusammentreffen mit US-amerikanischen Soldaten machten, äußerst unterschiedlich. Während der eine festgenommen wurde, war für den anderen die Flucht vorüber.

Durch die episodenhafte Erzählung vermeidet Ullrich eine geschlossene Analyse oder ein Narrativ. Andererseits ist zu fragen, was Ullrich mit der Gegenüberstellung der Zustände in den „Rheinwiesenlagern“ der westlichen Alliierten und die Situation der „Sonderhäftlingen“ im KZ Dachau oder der Schilderungen freundlicher US-amerikanischer Soldaten und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten, beabsichtigt. Ullrich verdreht dabei keine Fakten und betont an anderen Stellen etwa, dass sowjetische Soldaten keinesfalls kollektiv verurteilt werden können. Dennoch ist das erzeugte Bild seiner Auswahl von gegenübergestellten Ereignissen nicht zu unterschätzen.

Volker Ullrich hat für seine Schilderungen der politischen und militärischen Entwicklungen sowie für die Erinnerungen der Zeitgenoss*innen keine neuen Quellen aufgetan, sondern bereits in Literatur verarbeitete Zeugnisse und Perspektiven zusammengetragen. Die Geschichten und Tagebucheinträge stammen ganz überwiegend von damals oder später bekannt gewordenen Menschen. Das ist einerseits schade, weil sie den bewanderten Leser*innen wenig neues bieten dürften, andererseits kommt so auch die Perspektive und die persönlichen Erfahrungen von weniger privilegierten Besiegten und Befreiten zu kurz. Allerdings richtet sich „Acht Tage im Mai“ an ein breites Publikum, für das die Geschichte von Marlene Dietrich,

die ihre Schwester als ehemaligen KZ-Häftling in Bergen-Belsen vermutete, um vor Ort festzustellen, dass diese dort eine Kantine für die Wehrmacht betrieben hatte, bisher unbekannt sein könnte.

Volker Ullrich: Acht Tage im Mai. Die letzte Woche des Dritten Reiches. C.H. Beck Verlag 2020, 317 Seiten, 24€.

Gestern war noch Krieg

Von Tanja Kleeh

„Gestern war noch Krieg. Die Zeit um 1945 in Sachtexten und Erzählungen“ richtet sich an ein jüngeres Publikum. Die Herausgeber Martin Verg und Jürgen Hübner versuchen darin eine Auswahl aus der Literatur „für junge Leserinnen und Leser“ zu treffen, die sich inhaltlich mit dem Geschehen vor, während und nach dem Kriegsende am 8. Mai 1945 auseinandersetzen. Darunter fallen Sachtexte ebenso wie literarische Texte, verfasst von bekannten Kinder- und Jugendbuchautor*innen wie Gudrun Pausewang, Christine Nöstlinger und Klaus Kordon.

„Gestern war noch Krieg“ ist insgesamt in fünf Kapitel unterteilt, die sich zeitlich unterschiedlichen Phasen des Zweiten Weltkrieges widmen. Während Kapitel Eins mit „Wie der Bombenkrieg zum Alltag wird“ noch mitten im Kriegsgeschehen angesiedelt ist, schließt Kapitel Fünf mit „Befreiung, Besatzung und Neuanfang“. Die einzelnen Kapitel werden mit historischen Hintergrundinformationen eingeleitet. Die Einführung zu Kapitel Fünf beantwortet etwa die Fragen, wie das Land bei Kriegsende aussieht, wie die Siegermächte Deutschland neu ordnen und warum die Siegermächte uneins sind. Ungewöhnlich für einen historischen Sachtext sind die fehlenden Fußnoten. Diese Schreibweise macht es jedoch für gerade junge Leser*innen einfacher, zu folgen und sich neues, vielleicht sogar erstes, Wissen zu den Thematiken des Buches anzueignen.

Es folgen in Kapitel Fünf drei literarische Texte von Uri Orlev, Christine Nöstlinger und Anke Bär. Während Orlev von russischen Soldaten erzählt, die sich zur Eroberung Berlins aufmachen, erzählt Christine Nöstlinger aus der Perspektive eines Kindes die Eroberung Berlins durch eben solche Soldaten. Der Text „Kirschendiebe“ von Anke Bär setzt sich auf kindgerechte Art und Weise mit der Entnazifizierung und der Nachkriegsgesellschaft auseinander. Alle Texte sind – wie die übrigen literarischen Beiträge im Buch auch – lediglich Auszüge aus den Werken der Autor*innen. Sie regen jedoch auch in ihrer Kürze zur Reflexion, bei Bedarf auch zur vertiefenden Lektüre an.

Eine ergänzende schwarz-weiß Zeichnung und ein Zitat sind ebenfalls immer Teil des Kapitelbeginns. So ist zu Beginn von Kapitel Fünf eine Karte Deutschlands (interessanterweise bereits mit den Außengrenzen der Bundesrepublik) zu sehen, nach dem die Alliierten – dargestellt durch vier Hände mit den jeweiligen Flaggen am Ärmel – aus vier Richtungen greifen. Die Besatzungszonen sind in den Landesflaggen schraffiert. Die vier Ecken erinnern zudem an gerolltes Papier, vermutlich ein Hinweis auf die zahlreichen Verträge zu Kriegsende. Auf der Deutschlandkarte finden sich viele kleine schwarze Figuren, die entweder tot, auf der Flucht, als Soldaten oder arbeitend dargestellt sind.

Um die Einordnung der literarischen Texte zu erleichtern, ist im Anhang ein Glossar sowie eine Zeittafel zu finden. Auch kurze biografische Informationen nebst

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Jugendbuch

gezeichneter Porträts der Autor*innen sind beigefügt. Das Glossar umfasst in alphabetischer Reihenfolge sowohl heute noch geläufige Begriffe wie beispielsweise „Infanterie“, als auch zeitgenössische Begriffe, Abkürzungen und Namen. Entsprechende Begriffe sind in den Texten fett gedruckt. Die Erläuterungen sind kurz und verständlich gehalten. Ebenso ist die Zeittafel aufgebaut. Laut den Herausgebern sollen hier „die wichtigsten Ereignisse zwischen 1933 und 1949“ zusammengefasst werden. Diesem Anspruch wird die fünf Buchseiten umfassende Chronologie durchaus gerecht. Dabei steht das Ereignis meist nicht allein, sondern wird mit einer Ergänzung eingeordnet, zum Beispiel „1935: Mitte März wird die Wehrpflicht wieder eingeführt --- damit brechen die Nazis den Friedensvertrag von Versailles, den die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg mit Deutschland geschlossen hatten“.

„Gestern war noch Krieg“ ist eine gute Möglichkeit, jungen Leser*innen das Thema Zweiter Weltkrieg näher zu bringen. Insbesondere der literarische Zugang ermöglicht die Nutzung im Schulunterricht, auch fächerübergreifend. Die Einordnungen zu Beginn eines jeden Kapitels und die Informationen im Glossar ermöglichen jedoch auch eine unkomplizierte Lektüre im privaten Rahmen. Empfohlen wird die Lektüre laut Verlag ab 10 Jahren. Das Buch ist bei mehreren Landeszentralen für politische Bildung erhältlich oder direkt beim Verlag.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945

Von Tanja Kleeh

Das Podcastformat „Eine Stunde History“ des Senders Deutschlandfunk Nova widmet dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine ganze Folge. In knapp 50 Minuten werden unterschiedliche Aspekte beleuchtet. Moderiert von Meike Rosenplänter, ergänzt der Historiker Matthias von Hellfeld historische Hintergrundinformationen wie Zahlen und Fakten.

Von Hellfeld führt im Dialog mit Rosenplänter sehr allgemein in das Geschehen rund um das Kriegsende in Europa am 8. Mai 1945 ein. Sie führen dabei auch die Diskussion um die Frage, ob der 8. Mai als Tag der Befreiung oder Tag der Kapitulation anzusehen ist. Ebenso wird die Debatte um den 8. Mai als bundesweiten Feiertag angerissen. Um die Stimmungslage nach dem Kriegsende einzufangen, arbeitet der Podcast mit Einspielern von Zeitzeug*innen ebenso wie historischen Audiodokumenten, zum Beispiel der Erklärung der bedingungslosen Kapitulation oder Musikstücken. Zwischen einzelnen Beiträgen, die mit externen Gästen wie den Historikern Volker Ullrich und Norbert Frei gestaltet werden, sprechen immer wieder Meike Rosenplänter und Matthias von Hellfeld miteinander. In ihren Dialogen erwerben die Hörer*innen beinahe nebenbei zusätzliche Informationen, zum Beispiel wie die Neugestaltung Deutschlands durch die Alliierten funktionierte und welche Schwierigkeiten es beispielsweise bei

der Denazifizierung gab.

Wie die Bevölkerung die letzten Tage des Krieges allgemein wahrnahm, erzählt der Historiker Volker Ullrich. Er stützt sich hauptsächlich auf Tagebucheintragungen. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass es sowohl Aufbruch- als auch Endzeitstimmung gegeben habe. Einen mikroperspektivischen Zugang bietet Bjoern Weigel, der die Umstände rund um das Kriegsende in Berlin erläutert. Weigel betont, dass die Wahrnehmung dabei stets sehr heterogen gewesen sei. Die Mehrheit der Bevölkerung habe jedoch vor einer ungewissen Zukunft gestanden. Im Falle Berlins müsse auch immer die Besatzung durch die Sowjetische Armee mitgedacht werden. Gerade bezüglich des Neuaufbaus hebt Weigel die Organisation seitens des Stadtkommandanten heraus.

Norbert Frei erörtert die Frage, welche Erinnerungspolitischen Folgen aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen werden können. Der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit habe sich von der abgeschlossenen Bewältigung hin zu einer sich ständig verändernden Gesellschaft angepasst. Gefährdet sieht Frei dies etwa durch die AfD. Frei plädiert dafür, sich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen, als Gesellschaft gegen Antisemitismus und Nationalismus zu stellen.

Der Historiker Harald Schmid von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten berichtet, wie unterschiedliche Diktaturerfahrungen wahrgenommen werden. Dabei geht es ihm auch darum, was aus

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Podcast

der Aufarbeitung des NS-Regimes entsprechend für die Aufarbeitung der SED-Diktatur gelernt werden kann.

Der Podcast ist kein reiner Abriss der historischen Ereignisse am 8. Mai 1945. Durch die unterschiedlichen Interviewpartner*innen werden Perspektiven eingebracht, die nicht gleich ersichtlich erscheinen. Erinnerungskulturelle Ansätze werden reflektiert sowie Anregungen für die eigenen Überzeugen bzw. die potentielle Erinnerungsarbeit eingebracht.

Der Podcast ist in der [ARD-Audiothek](#) sowie direkt auf der Homepage von [Deutschlandfunk Nova](#) abrufbar.

Virtueller Rundgang „Die Befreiung“

Von Tanja Kleeh

Die Gedenkstätte Dachau hat zum 75. Jahrestag der Befreiung in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk einen virtuellen Rundgang durch das ehemalige Konzentrationslager konzipiert. Dabei werden historische Fotografien an den heutigen Ort projiziert. Ergänzt wird das Angebot durch eine Podcastreihe und eine zweiteilige Dokumentation.

Der virtuelle Rundgang beginnt mit einer Einführung in die Thematik des Rundgangs und die Funktionsweise des Formats. Der Hinweis, dass verschiedene Augenzeugen zu Wort kommen werden und deren Berichte zwangsläufig subjektiv und lückenhaft sind, sorgt gleich zu Beginn für eine Quelleneinordnung. Positiv fällt auf, dass die Audiodatei parallel verschriftlicht worden ist, gehörlose Menschen werden somit eingeschlossen sowie ein quellenkritischer Zugang erleichtert.

Scrollt man weiter, sieht man das sogenannte „Schurhaus“ mit einem ersten historischen Foto. Die Audiodatei erklärt ausführlich, welche Personen darauf identifizierbar sind und wie das Bild zu interpretieren ist. Der Rundgang folgt dem Weg der US-amerikanischen Soldaten, die das KZ Dachau befreiten und als erstes einen Güterzug voller Leichen sahen. Hier kommt der erste Zeitzeuge in Form eines Briefes, der durch eine hier nicht näher benannte Person vorgelesen wird, zu Wort. Durch Überleitungen wie

„Gehen wir zum nächsten Bild und schauen, was passiert“ wird ein Spannungsbogen erzeugt, so dass die Nutzer*innen der Homepage zum Weiterscrollen animiert werden – wenn denn das reine Interesse an der Geschichte der Befreiung nicht ausreicht.

Während die Beschreibungen der Bilder und der Hintergründe eher nüchtern deskriptiv sind, sorgen die Zeitzeug*innen mit ihren Eindrücken der Befreiung für emotionale Momente. Verstärkt wird dies durch die musikalische Untermalung der persönlichen Erfahrungen. Diese emotionalen Momente sind insbesondere dann gegeben, wenn etwa zwei Freunde sich wiederfinden oder ein ehemaliger jüdischer Häftling von seiner Befreiung berichtet. Der Rundgang bildet mit den gewählten Zeitzeug*innen ein großes Spektrum ab: Neben den Soldat*innen und Journalist*innen auf Seiten der Befreier wird auf Häftlingsseite mit jüdischen und politischen Häftlingen aufgezeigt, dass es unterschiedlichste Gründe gab, die Menschen ins Konzentrationslager brachten. Auch weibliche Stimmen auf beiden Seiten sind von enormer Wichtigkeit.

Neben der Nutzung über den PC kann der Rundgang auch direkt auf dem Gelände durchgeführt werden. Dafür wird die App „Die Befreiung AR“ benötigt, die bei Google Play (Android) sowie im Apple Store kostenlos heruntergeladen werden kann. Die ausgewählten Fotografien werden entsprechend mit Smartphone oder Tablet direkt vor Ort über die historischen Orte gelegt. Es gibt auch eine englische Version.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

Wie auch am Ende des Rundgangs erwähnt, kann mithilfe der Podcastreihe „Die Befreiung“ das Wissen vertieft werden. Ebenso wie auf dem virtuellen Rundgang kommen in den fünf Folgen die bereits bekannten Zeitzeug*innen zu Wort. Zwei Folgen widmen sich dabei dem KZ Flossenbürg.

Der virtuelle Rundgang „Die Befreiung“ ist ein gelungenes Projekt, mit dem die Geschichte der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau anschaulich nachvollzogen werden kann. Insbesondere besteht die Möglichkeit darauf in der Bildungsarbeit zurückzugreifen und Lernende zur Erkundung zu animieren. Es bestehen zahlreiche Anknüpfungspunkte für unterschiedliche Wissenslevel, etwa im Bezug auf Quellenkritik, den Umgang mit Zeitzeug*innen oder allgemein der Geschichte der Shoah. Das angebotene Zusatzmaterial in Form von Podcast und Dokumentation bieten eine Fülle an Hintergrundinformationen.

Bundesarchiv – 75 Jahre: Kriegsende in Europa

Von Lucas Frings

Das Bundesarchiv präsentiert im Online-Dossier [„75 Jahre: Kriegsende in Europa“](#) in der Reihe „Dokumente zur Zeitgeschichte“ Quellen zum 8. Mai 1945 aus dem eigenen Bestand. In zwei virtuellen Galerien und einem Wochenschau-Film können die Nutzer*innen insbesondere den Weg zur Gesamt-Kapitulation Deutschlands nachvollziehen.

Die Galerie „8. Mai 1945: Zusammenbruch und Neuanfang“ bündelt Plakate aus den Jahren 1945 und 1946. Dazu gehören Durchhalteparolen an die deutsche Bevölkerung in den letzten Kriegsmonaten, Ankündigungen von den Alliierten aus den ersten Nachkriegsmonaten, Aufrufe, den Wiederaufbau zu unterstützen, Aushänge, die eine langsame Einkehr eines Alltags erkennen lassen und Plakate, die sich mit der Bestrafung von NS-Kriegsverbrecher*innen auseinandersetzen.

Die Plakate sind eindrucksvolle Zeitzeugnisse, die in ihrer Beispielhaftigkeit die jeweils prägenden Themen vermitteln. Leider sind trotz Zoom-Funktion nicht alle Dokumente im Detail lesbar, bei einigen – etwa einer Lagerordnung, unterzeichnet vom Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Bayern oder einem Plakat zu den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen – wäre eine stärkere Kontextualisierung wünschenswert.

Die Dokumenten-Galerie „Die deutsche Kapitulation 1945“ besteht aus

Kapitulationsdokumenten aus dem Bestand des Bundesarchives. In einem kurzen Hintergrundtext erläutert der Historiker Thomas Menzel die schrittweise Kapitulation der Wehrmacht in den ersten zwei Maitagen 1945. Anhand der Nordwest-Kapitulation, der weiteren Teilkapitulation von München-Haar und den zur Gesamt-Kapitulation führenden Dokumenten lässt sich der weitere Verlauf anschaulich nachvollziehen. Enthalten sind weiter die bereits verbindliche Kapitulation von Reims am 7. Mai 1945, als auch Entwürfe und Vorbereitungen für die Wiederholung bzw. Ratifizierung der Kapitulation am 8./9. Mai 1945 in Berlin-Karlsborst. Letztere wird in der Galerie sowohl auf deutsch, englisch als auch russisch präsentiert.

Details zu den Dokumenten werden teilweise in Kommentaren erläutert. So wird zum Beispiel darauf hingewiesen, dass die deutsche Übersetzung der Kapitulation der Truppen in Nordwestdeutschland, den Niederlanden und Dänemark anders als die englischsprachige Ausfertigung nicht von den alliierten und deutschen Militärs unterzeichnet ist, es finden sich jedoch die Namenskürzel von zwei deutschen Befehlshabern in der oberen rechten Ecke des Dokumentes.

Die Vertragsunterzeichnungen sind auch Hauptbestandteil des 10minütigen Video-clips der Wochenschau „Welt im Film“ aus dem Juni 1945. Als Teil des Dossiers ist er über die Filmothek des Bundesarchivs abrufbar. Dort stehen auch die Nachrichtenschauen der darauffolgenden Wochen zu Verfügung. Diese sind zwar nicht explizit

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

Teil des Dossiers, doch auch in ihnen finden die Nutzer*innen interessante Perspektiven und Videoaufnahmen auf das Ende des Krieges in der ganzen Welt.

Die Dokumentenzusammenstellung „75 Jahre: Kriegsende in Europa“ nimmt mit einer Galerie und einem Kurzfilm vor allem die (Teil-)Kapitulationen Deutschlands in den Blick, ergänzt diesen durch eine Plakatsammlung, die auch Perspektiven aus den Monaten davor und danach vermittelt. Der Reiz liegt dabei in der Unmittelbarkeit der Originaldokumente, die den öffentlich wenig thematisierten Weg zur Kapitulation in der ersten Maiwoche 1945 anschaulich zeigen. Die Dokumente selbst würden sich für didaktische Zwecke, etwa zur Einführung in die Quellenkritik, eignen – Pädagog*innen müssten allerdings eigenständig weitere Hintergrundinformationen recherchieren.

Das Online-Dossier ist unter https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Dokumente-zur-Zeitgeschichte/19450508_kriegsende.html abrufbar.

APuZ – 1945

Von Lucas Frings

Die zweite Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ des Jahres 2020 trägt den knappen Titel „1945“. Das ist treffend, denn die Beiträge des Heftes befassen sich nicht mit dem Kriegsende oder den Kapitulationen, sondern mit der Bedeutung dieses Jahres sowie der mit ihm verbundenen Chiffre in der Erinnerungskultur und Geschichtsschreibung und -forschung.

Ausgehend von der Generationskohorte der „45er“ (u.a. auch als „Flakhelfer-Generation“ bezeichnet) setzt sich Christina von Hodenberg mit den Funktionen des Generationenbegriffs auseinander und zeichnet die unterschiedlichen Interpretationen und Zuschnitte als Kohorte nach. Die zahlreichen Beschreibungen der Generation eint, dass die ihr zugerechneten – von jungen Soldaten bis HJ-Angehörigen – von Umbruch und Desillusionierung geprägt seien. Daraus würden aber unterschiedliche Bilder abgeleitet, etwa die eines unpolitischen Opportunismus oder eines demokratischen Reformgeists, der deutschnationale Traditionen ablege. Wichtig sei auch die Frage wie die „45er“-Generation zwischen den als NS-Täter-Generation bzw. „Kriegsjugendgeneration“ verstandenen Geburtsjahrgänge vom Beginn des 20. Jahrhunderts und den „68er“ verortet wird, wobei eine Generation generell durch die Abgrenzung zu anderen Gruppen konstituiert wird. So werde die „45er“-Generation als verständnisvoller mit den NS-Mitläufern verstanden, als es die ihr

nachfolgende Generation sein sollte.

Die „45er“ als Narrativ böten „Identifikationsmöglichkeiten für viele zur rechten Zeit Geborenen, die sich rückblickend als Helden der Entwicklung feiern“ (S. 7) könnten.

Von Hodenberg formuliert eine fundamentale Analyse und Kritik des Generationenbegriffs im Allgemeinen wie im Konkreten auf die „45er“ bezogen. Dieser werde fast ausschließlich auf männliche Bildungsbürger angewandt und bilde somit lediglich ein vermeintliches Kollektiv als Bezugsrahmen, das vor allem medial funktioniere, nicht aber die gesamtgesellschaftliche Realität abbilde.

Die Historikerin Gabriele Metzler fasst das Jahr 1945 als globale Zäsur auf und betrachtet dabei vor allem die Vereinten Nationen und die Entwicklungen in Asien. Der Eintritt ins nukleare Zeitalter als prägend für den Kalten Krieg zeige sich auch in einer Formulierung von Campbell Craig und Sergey Rodchenko, „Hiroshima sei ‚der letzte amerikanische Einsatz im Zweiten Weltkrieg und Nagasaki der erste im Kalten Krieg‘ gewesen“ (S. 12), da die Sowjetunion gemäß den Vereinbarungen von Jalta am 8. August 1945 bereits Japan angriff. Die Vereinten Nationen samt ihrer Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte seien zwar eine wegweisender Schritt zu einer globalen Sicherheit gewesen, hätten aber erst nach dem Ende des Kalten Krieges ihre beabsichtigte Bedeutung erlangen können.

Spannend ist auch die Thematisierung von Unabhängigkeitsbewegungen in Asien, denen

zu Kriegsende durch Japan, das seine Expansion und Idee einer panasiatischen Großmacht aufgeben musste, Vorschub geleistet wurde, wenngleich es teilweise noch mehrere Jahre bis zur endgültigen Unabhängigkeit Indonesiens, Vietnams oder den Philippinen dauern sollte.

Eine weitere Perspektive auf Asien bringt der Historiker Takuma Melber ein. Er befasst sich mit der Bedeutung des Jahres 1945 in der japanischen Erinnerungskultur, die angesichts der beiden Atombomben vom Motiv des Friedens geprägt ist. Melber geht dabei auf die japanische Diskussion über die Gründe der Kapitulation – Resultat der Atombomben oder Sorge vor dem Einmarsch der Roten Armee – ein und verortet diese in der politischen Landschaft Japans.

Anhand einer Reihe von Erinnerungsorten und –praktiken zeigt er, wie sich „Japans nationales Friedensmantra“ (S. 20) auch im Gedenken an Bombardierungen anderer Städte manifestiert. In seiner umfassenden Betrachtung der japanischen Erinnerungsmotive geht Melber auch auf das Opfernarrativ in (Anime-)Filmen und die staatliche Bagatellisierung von japanischen Kriegsverbrechen in Schulbüchern ein.

75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz fasst Frank Bajohr die Entwicklungen, den Stand und die Perspektiven der Holocaustforschung zusammen. Bajohr geht dabei auf Veränderungen der Autor*innenschaft – von überwiegend jüdischen Wissenschaftler*innen nach 1945 zu einem stetig wachsenden

Forschungsfeld – und Perspektivverschiebungen – von Schreibtischtätern zu Mordgeschützen in Einsatzgruppen und Hilfspolizisten anderer Nationalitäten in Osteuropa – ein. Durch letzteres sei zunehmend von einem „europäischen Genozid“ die Rede, wobei „neue Perspektiven [...] stets an ältere Erkenntnisse rückgebunden“ (S. 27) werden müssten. Auch ein differenzierter Blick auf den Alltag und den Überlebenskampf der Opfer sei erst mit zunehmender Forschung entstanden.

Neben dem Wandel von einer statischen Kategorisierung der Akteur*innen hin zu einem Verständnis von Herrschaft als „soziale Praxis“, in der sich Beziehungen und Haltungen wandeln, sind vor allem Bajohrs Gedanken zur Internationalisierung der Holocaustforschung interessant. Durch diese und eine zunehmende Interdisziplinarität seien zwar nationale Perspektiven abgeschwächt und mehrsprachige Quellen miteinander verknüpft worden, allerdings gebe es noch Nachholbedarf bei transnationalen Studien und Perspektiven auf den Holocaust. Zudem dürfe 1945 keine Grenze in der Forschung darstellen, die Ereignisse davor und danach – letztere zunehmend im Blick der Wissenschaft – seien oftmals verknüpft und auch der Holocaust noch lange nicht ausgeforscht.

„1945“ aus der „Aus Politik und Zeitgeschichte“-Reihe vereint spannende Perspektiven auf das gesellschaftliche Verständnis und den daraus folgenden Umgang mit diesem Jahr. Der forschungskritische Ansatz mehrerer Beiträge macht die

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Zeitschrift

Entstehung bestimmter Narrative sichtbar, ordnet sie politisch ein und irritiert sie.

Eine weitere Stärke des Hefts ist der globale Blick mehrerer Texte, der auch Ereignisse des Pazifikkrieges und daraus entstehende Erinnerungskulturen umfasst. Das Heft kann bei der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos bestellt werden oder als PDF [heruntergeladen](#) werden.

berlinHistory – Berlin 1945

Von Lucas Frings

Die 2019 von berlinHistory e.V. und dem Berliner Stadtmuseum realisierte App „berlinHistory“ will „historische Spuren sichtbar und erlebbar [...] machen und zugleich nachhaltig [...] bewahren“. Unter Mitarbeit vieler Berliner Institutionen wie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur oder dem Deutsch-Russischen Museum Karlshorst haben die Macher*innen Informationen, Filme und Fotos zusammengetragen, die einen spannenden Einblick in die Berliner Geschichte ermöglichen.

An dieser Stelle soll – entsprechend dem Heftthema – vor allem auf das Projekt „Berlin 1945“ innerhalb von „berlinHistory“ eingegangen werden. Darüber hinaus versammelt die App vor allem Informationen zu Berliner Ereignissen des 19. und 20. Jahrhunderts, wie zur Gewerbeausstellung 1896 und verschiedenen Aspekten von DDR-Geschichte.

Die große Stärke der App liegt in der Verortung von Informationen auf einem Stadtplan als „deep map“. Dieses zentrale Element der App besteht aus verschiedenen historischen Schichten, so dass sich Nutzer*innen etwa am „Straube Plan“ von 1910 oder an einem Luftbild von 1953 orientieren können. Hinter den Markern auf der Karte – in der App „Points of Interest“ genannt – verbergen sich Informationstexte, Audio-Rundgänge, Zeitleisten, Videos und Bilder. Eine Besonderheit, die in „Berlin 1945“ zum Tragen

kommt, sind die Vorher-Nachher-Bilder, bei der ein historischer Blick auf einen Teil von Berlin – eine Straße, ein Gebäude, ein Panorama – mit dem heutigen Blick verglichen werden kann.

Die Marker auf der Karte werden in Episoden bis 1933, 1933-1945, 1945-1990 und 1990 bis heute unterteilt. Dazu kommen Verortungen von zukünftigen Plänen wie der Rekonstruktion des Karstadt-Gebäudes am Hermannplatz oder episodенübergreifenden Markierungen an denen die Entwicklung bestimmter Orte, wie zum Beispiel dem Alexanderplatz, über die Jahrhunderte nachgezeichnet wird.

Die bereits erwähnten Vorher-Nachher-Bilder machen den Reiz des Projektes „Berlin 1945“, das die zerstörte Stadt um 1945 anhand zeitgenössischer Bilder zeigt, aus. Ein großer Teil der historischen Fotografien stammt von Cecil Newman, Timofej Melnik und Iwan Schagin, die mit der britischen bzw. sowjetischen Armee nach Berlin kamen sowie von Walter Franck, der für das Archiv der Berliner Verkehrsbetriebe schon 1943 begann Bilder von Zerstörungen aufzunehmen. Die Biografie von Newman wird in der App vorgestellt, ähnliche Informationen zu den anderen Fotografen wären wünschenswert.

Möchte ein*e Nutzer*in der App ein Foto eines Ortes aufnehmen, erscheint das historische Vergleichsbild transparent unterlegt, so dass die exakt gleiche Perspektive eingenommen werden kann. Diese Funktion ist technisch hervorragend gelöst, sogar der Transparenzgrad lässt sich variieren. So ist

es auch vielen Nutzer*innen gut gelungen Vergleichsbilder zu erstellen und die zerstörte Stadt 1945 lässt sich passgenau mit dem erfolgten Wiederaufbau vergleichen. Die App wird hier zu einer partizipativen (Wissens-)Plattform, wobei die Inhalte von Nutzer*innen erst redaktionell geprüft werden. Eine Reihe von historischen Bildern wartet allerdings noch auf die Gegenüberstellung eines heutigen Blicks, denn leider lassen sich nicht alle Fotos aus den 1940er-Jahren genau verorten. Die entstehenden Vorher-Nachher-Bilder lassen sich sowohl über die Stadtkarte anwählen als auch über die Bezirks-Übersicht. Die Qualität der aktuellen Bilder können nach dem 5-Sterne-Prinzip bewertet werden. Haben mehrere Nutzer*innen ein Foto hochgeladen, wird das bestbewertete im direkten Vergleich vorrangig angezeigt.

Die Macher*innen der App sind weiterhin aktiv, sie bieten auch klassische Führungen an und organisieren Veranstaltungen, bei denen Besucher*innen Fotografien mitbringen können, um diese in die App einzupflegen.

Die partizipative Funktion der App hat dem Projekt auch eine Nominierung für den Kindersoftwarepreis 2020 eingebracht. Dort wird allerdings kritisch angemerkt, dass die App Verbindungen zu Google- und Microsoft-Analysediensten aufbaut und so Informationen über das genutzte Gerät und die Form der Nutzung (keine personenbezogenen Daten) überträgt. Auch andere Apps, wie Facebook oder Instagram können – falls die Nutzer*innen dort auf ihrem Endgerät

eingelogg sind – feststellen, welche Unterseiten besucht werden. Darauf weist die App lediglich in der langen Datenschutzerklärung hin.

Erweitert wird das Projekt „Berlin 1945“ um drei Filme mit historischen Bildern aus den ersten Nachkriegsjahren und einem Karten-Slider. „Berlin unter den Alliierten“ von 1989 oder der kurze zeitgenössische englischsprachige Clip „Berlin in Ruins – 1945“ geben einen lebendigen Eindruck des zerstörten Berlin und in die Aktivitäten der Bewohner*innen. Leider werden sie nicht quellenkritisch eingeordnet. Im Karten-Slider können die Nutzer*innen ein Luftbild von 1953 und die heutige Vogelperspektive auf die Stadt im fließenden Übergang vergleichen oder die Stadtpläne von 1945 und heute nebeneinanderlegen.

„Berlin 1945“ ermöglicht den Nutzer*innen mit seiner umfangreichen Fotosammlung und der aktuellen Perspektive auf die jeweiligen Orte einen beeindruckenden Einblick in die Zerstörung und den Wiederaufbau der Stadt. Die App ist übersichtlich aufgebaut, bietet ausreichend Nutzungsanleitungen und lässt sich gut bedienen. Allerdings wäre im Gesamtblick eine weitere Kontextualisierung der Bilder wünschenswert, bei der ihre Entstehungsgeschichte, Implikationen und Verwendung im Sinne der Visual History stärker thematisiert würden.

Entsprechend den Spracheinstellungen des genutzten Endgeräts ist die App sowohl auf Deutsch als auf Englisch verfügbar. Sie kann kostenlos im [App Store](#) oder bei [Google Play](#) heruntergeladen werden.

Unser nächstes Magazin erscheint am 28.10.2020 und wird die Arbeit des Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität/European Network Remembrance and Solidarity vorstellen.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Redaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh, Ingolf Seidel

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.